



**Forschungsstelle Osteuropa Bremen
Arbeitspapiere und Materialien**

Nr. 42 – Dezember 2002

Der politische Einfluß von Wirtschaftseliten in der Ukraine

Nationale und regionale Oligarchen

Von Tina Kowall und Kerstin Zimmer

Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Nr. 42: Tina Kowall und Kerstin Zimmer:
Der politische Einfluß von Wirtschaftseliten in der Ukraine
Nationale und regionale Oligarchen

Dezember 2002

ISSN: 1616-7384

Über die Autorinnen:

Tina Kowall promoviert am Geschwister-Scholl Institut für Politische Wissenschaften der LMU in München. Sie ist Stipendiatin der „Heinz und Sibylle Laufer Stiftung“.

Kerstin Zimmer, Dipl. Politologin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen, Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main. Promoviert zum Thema „An Old Industrial Region in the Context of Transformation – Actors and Institutions in Donetsk Oblast, Ukraine“. Verschiedene Forschungs- und Arbeitsaufenthalte in der Ukraine.

Redaktion: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Umschlag nach einem Kunstwerk von Nicholas Bodde

Die Meinungen, die in den von der Forschungsstelle Osteuropa herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

© 2002 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa

Publikationsreferat

Klagenfurter Str. 3

28359 Bremen

Telefon: +49 421-218-3687

Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Internet-Adresse: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Inhaltsverzeichnis

Tina Kowall

Eine Oligarchie unter Kutschma?

Der Einfluß von Wirtschaftseliten auf die Politik	5
Akteure.....	6
Interaktionsmuster politischer Einflussnahme durch Wirtschaftsakteure	13
Das Netzwerk.....	17
Zusammenfassung.....	19
Literatur.....	20

Kerstin Zimmer

„Einheit, Eintracht und Wiedergeburt“

Zur Rolle und Relevanz des „Donecker Clans“	22
Einleitung.....	22
Die Region Doneck in Stichworten.....	23
Virtuelle Politiker und „die wahren Herren der Region“	24
Foren der regionalen Machtkonsolidierung	35
Doneck und Kiew.....	38
Was leistet das Arrangement?.....	39
Fazit und Ausblick	44
Literatur.....	46

Publikationen aus der Forschungsstelle Osteuropa	50
--	----

Eine Oligarchie unter Kutschma? Der Einfluß von Wirtschaftseliten auf die Politik

Nach mehr als zehnjähriger Unabhängigkeit hat sich in der Ukraine weder ein demokratisches System konsolidiert, noch eine funktionierende Marktwirtschaft etabliert. Stattdessen hat das System die Formen einer Oligarchie angenommen, in der die Symbiose von Politik und Wirtschaft vollzogen wurde. Ihr liegt ein undurchsichtiges Netz aus informellen Strukturen zugrunde, daß von Oligarchen einerseits und dem Präsidenten andererseits dominiert wird. Die machtpolitischen und finanziellen Interessen der im Netzwerk eingebundenen Akteure stehen im Vordergrund des politischen wie wirtschaftlichen Handelns. Sie sind es, denen durchgreifende Wirtschaftsreformen in den letzten Jahren zum Opfer gefallen sind.

Der vorliegende Beitrag soll Licht in das informelle Netzwerk aus Politik und Wirtschaftsakteuren bringen. Dafür sollen im ersten Schritt die an der Netzwerkbildung beteiligten Akteure aus Wirtschaft und Politik herausgearbeitet werden. Es wird das durch Leonid Kutschma dominierte und gesteuerte System aus Seilschaften als Grundlage und Voraussetzung für die Etablierung der Oligarchie dargestellt. Daraufhin werden die wichtigsten Wirtschaftsakteure analysiert. Die Verfasserin hat dabei nicht versucht, dem Anspruch der Vollständigkeit gerecht zu werden. Es wurde mit Blick auf die Aktualität eine bewusste Auswahl der am Spiel um die Macht Beteiligten getroffen. So wurde beispielsweise Pavlo Lasarenko, der in den USA inhaftierte ehemalige Premierminister und Oligarch, nicht gesondert untersucht, weil er heute für das System keine Bedeutung mehr hat.

Im zweiten Schritt sollen die Interaktionsmuster zwischen Akteuren aus Politik und Wirtschaft betrachtet werden, die die politische Einflußnahme von Wirtschaftseliten kennzeichnen. Hier kann nur beispielhaft das System in den verschiedenen Bereichen dargestellt werden, da die Informationslage sehr schlecht ist. Einen wichtigen Punkt nimmt in diesem Teil die Durchdringung des Parteiensystems durch die Oligarchen ein.

Im dritten Teil folgt eine Bewertung des Netzwerkes. Dabei wird der Ansatz von Ronald S. Burt¹ zu Rate gezogen, um mit seinem Konzept „struktureller Lücken“ Netzwerktypen herauszuarbeiten. Eine deutliche Einordnung und theoretische Analyse ist aufgrund mangelnder Untersuchungen und dem Fehlen eines ganzheitlichen Bildes aller Akteure und ihrer Verbindungen zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht möglich.

¹ Vgl. Burt 1992, S.18–20.

Akteure

„Ukrainian politics is just a combination of business-projects run by powerful oligarchs.“²

Das Netzwerk um Kutschma

Mit der Wahl Leonid Kutschmas 1994 zum Präsidenten stieg ein zum Politiker gewandelter Manager mit fester Machtbasis in einem der mächtigsten Industrieclans der Ukraine, dem Dnipropetrowsker Clan, an die Spitze der Ukraine auf. Der neue Präsident war nicht mehr wie zuvor Leonid Krawtschuk ein ehemaliger Parteifunktionär, sondern ein Vertreter der industriellen Eliten, der starken Rüstungslobby. Mit ihm wurde an oberster Stelle im Staat ein Interessenwandel vollzogen – weg von denen der alten Bürokraten hin zu den Interessen der Industriellen und Unternehmer. Er sollte in einem Richtungswechsel der Politik Ausdruck finden.

Kutschma war seit 1986 Direktor der in Dnipropetrowsk gelegenen größten Raketenfabrik der Sowjetunion „Juschmasch“ gewesen. Zwischen 1993 und 1994 war er Vorsitzender der Union der Industriellen und Unternehmer (USPP), der roten Direktoren, zu der sich die Dnipropetrowsker Wirtschaftselite zusammengeschlossen hatte.

Bis er 1992 überraschend zum Premierminister ernannt wurde, war der Abgeordnete Kutschma eher unbekannt. Er hatte sich jedoch mit der Forderung nach drastischen Wirtschaftsreformen den industriellen Eliten als Helfer in der Not aus ihren eigenen Reihen empfohlen. Gerade die Rüstungsindustrie hatte seit der Unabhängigkeit besondere Einbußen erlitten und war dringend auf Modernisierungsmaßnahmen angewiesen. Mit seinem Reformprogramm war der Premierminister Kutschma, dem das Parlament sogar Sondervollmachten für ein halbes Jahr zugestand, jedoch nicht erfolgreich. Kutschma hatte aber in der einjährigen Phase seiner Amtszeit³ eine Fähigkeit unter Beweis gestellt, die er später als Präsident noch perfektionieren würde: Das gezielte Einsetzen von Personal zur richtigen Zeit auf die richtige Position. Durch geschicktes Einbinden verschiedener Elitengruppen erreichte der Premierminister Kutschma größtmögliche Freiheiten für sein Handeln.

Als Präsident griff Kutschma erneut die Reformierung der Wirtschaft auf und begab sich auf die Suche nach einem dritten Weg, den er „zwischen Plan- und Marktwirtschaft“ zu finden glaubte. Eine sozialorientierte Marktwirtschaft war sein Ziel. Bewusst förderte er die Schaffung von riesigen Finanz-Industrie-Gruppen, an deren Spitze heute oft Oligarchen sitzen. Im Ansatz waren die wirtschaftlich orientierten Eliten an Reformen interessiert, weil sie sich dadurch die Sicherung ihres neu gewonnenen Besitzes erhofften. Ein Großteil von ihnen hatte allerdings die Grauzone zwischen Plan und Markt als enorm lukrativ entdeckt und war grundsätzlich am Erhalt des Status Quo interessiert.⁴ Kutschma setzte sich nicht gegen die massive Reformblockade seitens der Wirtschaftseliten und Bürokraten, die von der gegebenen Situation erheblich profitierten, durch. Der Grund dafür kann nicht mangelnde Macht sein. Während seiner Amtszeit wurden ihm zweimal Sondervollmachten durch das Parlament erteilt, die es ihm ermöglicht hätten, die erforderlichen Maßnahmen per Dekret in die Wege zu leiten. „Es fehlte ihm also nicht an Machtbefugnissen, sondern eher an politischem Willen und Strategie, die Reformpolitik durchzusetzen.“⁵

Tatsächlich scheint bisher nicht die Implementierung effektiver Reformstrategien sondern der Ausbau der Präsidialmacht oberstes Ziel von Kutschmas Streben gewesen zu sein. Das von ihm

² Walecki 2002.

³ Oktober 1992 bis September 1993.

⁴ Vgl. D’Anieri / Kravchuk / Kuzio 1999, S. 167–205.

⁵ Ott 2002.

am 16.4.2000 durchgeführte Referendum über grundsätzliche Fragen des Staatsaufbaus ist ein Beweis dafür, daß Kutschma die bestehende Verfassungsordnung nicht anerkennt und weiterhin an der Ausweitung seiner Macht und an der Schwächung des von ihm ungeliebten Parlaments arbeitet.

Die auch Mitte der 1990er Jahre noch ungefestigten Strukturen des Übergangsregimes ließen ihm hinreichende Möglichkeiten zur Etablierung eines autoritären Regimes. Spätestens seit seiner Wiederwahl im Jahr 1999 ist eine derartige Tendenz des Systems nicht zu übersehen.⁶ Seine Position ausweiten konnte Kutschma aber nur, weil er sich auf ein solide gestricktes Netz von Seilschaften stützen konnte, das sich seit vergangenen Sowjettagen noch durch die Gesellschaft und insbesondere die höheren Etagen der politischen wie wirtschaftlichen Macht zog. Kutschma hat dieses Netz seinen persönlichen Bedürfnissen angepasst, indem er es um zahlreiche loyale Kräfte erweitert hat. Managergleich verwaltet Kutschma die ihm zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen – jongliert mit Personen, gleicht Kräfte aus und erweitert Masche um Masche sein Netzwerk, bessert Schwachstellen aus und macht es gegen äußere Einflüsse resistent.

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit hatte Kutschma verkündet er wolle ein junges Team haben⁷ und hatte damit Hoffnungen auf ein baldiges Ende sowjetischer Kaderpolitik geweckt. Diese sollte sich jedoch nur zum Teil als richtig erweisen. Tatsächlich traten viele neue, junge Leute in Kutschmas Team ein. Das sowjetische System der Seilschaften und informellen Strukturen blieb allerdings bis heute bestehen. Entgegen vieler Annahmen, die nach Kutschmas Amtseinführung die Übernahme Kiews durch den Dnipropetrowsker Clan voraussehen wollten, stellte das neue Team eine Mischung verschiedener Kräfte dar. Neben einer Vielzahl loyaler Kräfte aus Dnipropetrowsk traten zahlreiche junger Politiker aus Kiew – viele von ihnen waren Absolventen oder Dozenten der Kiewer Universität – den Dienst beim Präsidenten an.⁸

Das personelle Netzwerk untermauerte Kutschma mit einem stetig wachsenden institutionellen Machtapparat. Das Herzstück davon ist die Präsidialadministration. Sie hat eine parallele Struktur zur Regierung. Tatsächlich ist sie aber mehr als nur eine Schattenregierung. Kutschma hat sie in ihrer Entscheidungsgewalt über Regierung und Parlament gestellt. Die Präsidialadministration wurde zur eigentlichen Regierung, das Kabinett zum ausführenden Organ. Kutschma ist es selbst nach Verabschiedung der Verfassung gelungen, sowohl institutionell, als auch personell die Fäden in der Hand zu halten und die Kontrolle über alle wichtigen Entscheidungsträger zu gewinnen. Dieses System bietet die Grundlage, in die die oligarchischen Wirtschaftsstrukturen eingebettet wurden und mit der die Politik ein symbiotisches Verhältnis eingehen konnten.

Wirtschaftsakteure

Die Anfänge des ukrainischen Unternehmertums, Ursprung der Wirtschaftsakteure

Die Wirtschaftsakteure, die heute maßgeblich das politische Geschehen der Ukraine mitbestimmen sind Anfang der 1990er Jahre der so genannten Neuen Ökonomischen Elite (NÖE) entsprungen.⁹ In den Netzwerken und halblegalen informellen Strukturen der NÖE, die einen stark mafiösen Charakter hatten, liegt die Basis des ukrainischen Unternehmertums. Das Hauptmittel zur wirtschaftlichen Bereicherung stellte wie schon zu Zeiten der Planwirtschaft die „illegale Wirtschaftstätigkeit“ dar. Nach dem Zusammenbruch des Systems waren es jene Un-

⁶ Vgl. Ott 2000b.

⁷ Vgl. Kuzio 1997, S. 95f.

⁸ Ukrainian Centre for Independent Political Research 1996.

⁹ Diese wiederum hat ihre Ausgangsbasis im ausgehenden planwirtschaftlichen System der ukrainischen Sowjetrepublik.

ternehmer, die durch Verfolgung ihres persönlichen wirtschaftlichen Vorteils in die Neuen Ökonomischen Eliten aufstiegen.

Zur NÖE werden Unternehmerverbände, Manager, Führungsgruppen in Banken und Börsen, Branchenlobbies und Medienmacher gezählt. Rainer Lindner¹⁰ bezeichnet sie als informelle Interessengruppen in Abgrenzung zu den formellen Organen wie Parlament und Präsident. Sie konnten sich nach der Unabhängigkeit, während der Stagnation des Transformationsprozesses unter dem ersten Präsidenten Leonid Krawtschuk ungehindert und zum Teil unter administrativer Protektion am Staatseigentum bereichern. Dies war auch ihr oberstes Ziel. Sie gehören zu den Nutznießern dieser Phase, in der Krawtschuk in erster Linie versuchte, die Einheit des Landes zu erhalten und die Ukraine nach außen zu positionieren.

Mit der Amtsübernahme durch Leonid Kutschma 1994 wurde das Interesse der NÖE auf die Sicherung ihres neuen Privatbesitzes gelenkt. Es gelang dem Präsidenten, der zwischen 1993 und 1994 Vorsitzender der Union der Industriellen und Unternehmer war, einen Grossteil der „roten Direktoren“ und nach und nach auch junge Unternehmer von dem Nutzen der Privatisierung zu überzeugen.¹¹ Sie war der einzige Reformpunkt, der den Interessen dieser neuen Eliten entsprach, „da sie zur Entkriminalisierung und gesellschaftlichen Anerkennung des neuen Privateigentums beitrugen“.¹² Sie unterstützten die Privatisierung aber nur so weit, daß der Erhalt des Besitzes in ihren Händen gewährleistet blieb. Daß die angekündigten Privatisierungsmaßnahmen der mittelständischen und Großbetriebe 1996 quasi zum Stillstand gekommen sind, hat seine Ursache darin, daß verschiedene Interessengruppen sich im Parlament für den Ausschluß zahlreicher Unternehmen von der Privatisierung einsetzten. Die betroffenen Gruppen sicherten sich dadurch staatliche Subventionen, Steuervorteile und Zugang zu Krediten. Ein ähnliches Schicksal erfuhren Kutschmas Anti-Monopol-Maßnahmen, die eine bessere Aufteilung des ukrainischen Marktes bewirken sollten. Auch in diesem Fall erreichten die Wirtschaftslobbies, daß Unternehmen ihres Einflussbereichs einfach aus dem Gesetz herausgenommen wurden.¹³

Der Energiesektor – Die Öl- und Gasindustrie

Der Energiesektor mit seinen Teilbereichen Öl und Gas, Kohle und Elektrizität ist die stärkste Säule der ukrainischen Wirtschaft, der besonders mächtige Wirtschaftseliten hervorgebracht hat. Zugleich ist es der Sektor, der durch Monopolisierung und staatliche Regulierungsmaßnahmen einem besonders starken administrativen Einfluß unterliegt und besonders anfällig für Korruption und rent-seeking ist.¹⁴ Die „Energie-Eliten“ gehören zu den starken Wirtschaftsakteuren, die mit Nachdruck auf nationaler Ebene in die Politik drängen, um ihre Wirtschaftsmacht zu vergrößern und sie politisch zu festigen.

Der Öl- und Gasindustrie kommt als Wirtschaftssektor eine besondere Rolle zu. Zum einen weil der größte Anteil am Bruttoinlandsprodukt und am Steueraufkommen auf sie fällt und sie zum anderen über 50% des gesamten Energiekonsums deckt.¹⁵ Durch die Abhängigkeit von russischen Gasimporten ist dieser Sektor stark politisiert. Die Ukraine ist mit einem jährlichen Gasverbrauch von 75 Milliarden Kubikmetern der sechstgrößte Gaskonsument der Welt.¹⁶ Da der Verbrauch von Gas und Öl nur zu 12–20% aus eigenen Vorkommen bestritten wird,¹⁷ ist die Öl- und Gaswirtschaft auf Importe aus Russland angewiesen. Da Russland die unabhängige Ukraine

¹⁰ Lindner 1995, S.365–375.

¹¹ Lapychak 1995.

¹² Vgl. Wittkowsky 1998, S.96ff.

¹³ Vgl. D’Anieri / Krawtschuk / Kuzio 1999, S. 167–205.

¹⁴ Pleines 2002.

¹⁵ Wittkowsky 2000, S. 7.

¹⁶ Angaben von 2000 in: Lewschin 2000, S.16–18.

¹⁷ OCC Osteuropa Consulting Center 1999, S. 126.

bereits seit Mitte der 1990er Jahre zu Weltmarktpreisen beliefert, die das wirtschaftlich desolate Land nicht zahlen kann, ist mit den enormen Schulden¹⁸ ein starkes Abhängigkeitsverhältnis entstanden. Dies kann auch dadurch nicht aufgewogen werden, daß Russland über ukrainisches Territorium laufende Pipelines für den Export in den Westen nutzt und die Ukraine dafür mit Gas entschädigt wird.

Der Import des russischen Gases wird seit 1995 nicht mehr vom Staat sondern von privaten Firmen durchgeführt. Der Staat übernimmt seitdem nur noch die Zuweisung von Importquoten an einzelne Firmen. Diese Regelung hat den Wettstreit um die Vormachtstellung auf dem Gasmarkt eröffnet. Es zeigte sich recht schnell, daß gute Kontakte zur Regierung die eigene Position auf dem Markt stark fördern konnten.

Bestes Beispiel dafür ist Zusammenarbeit zwischen der Leiterin des privaten Unternehmens „Vereinigte Energiesysteme der Ukraine“ (EESU) Julia Timoschenko und dem damaligen Premierminister Pawlo Lasarenko, mit dessen Hilfe EESU zum marktführenden Unternehmen wurde und Ende 1996 ein Drittel des Gasmarktes kontrollierte. Der Premierminister hat nach Angaben der Financial Times nahezu 72 Mio US-\$ an Bestechungsgeldern kassiert.¹⁹ Lazarenko, der seit Februar 1999 in den USA wegen des Verdachts der Geldwäsche in Haft sitzt, soll insgesamt rund 880 Mio US-\$ veruntreut haben.²⁰

Ein besondere Rolle kommt dem staatlichen Dachunternehmen Naftogas zu, das gegründet wurde, um die Interessen der gesamten ukrainischen Gas- und Ölwirtschaft zu vertreten. Das Unternehmen erhält die russischen Gaslieferungen, die als Transitgebühr an die Ukraine gezahlt werden. Ihor Bakaj, bis Mitte 2000 Leiter des Unternehmens, soll ebenfalls seine Position zur eigenen Bereicherung ausgenutzt und mehrere Millionen auf Auslandskonten transferiert haben.²¹ Der Import, bzw. der Handel von Öl und Gas stellt jedoch nur einen Teil des ganzen Industriezweiges dar. Wirtschaftlich bedeutend sind ferner der Transport, die damit verbundene Pipelineindustrie, die Verarbeitung und im weiteren der Betrieb von Tankstellennetzen. Die Energieindustrie stellt jedoch alles andere als einen einheitlichen Akteur dar. Sie ist aufgrund der enormen Gewinnmöglichkeiten durch starke Konkurrenzen gespalten.

Die regionalen Clans

Unter den ukrainischen Wirtschaftsakteuren nehmen die regionalen Clans eine gesonderte Stellung ein, da sie im Gegensatz zu den anderen Akteuren über in sich abgeschlossene Netzwerkstrukturen aus regionaler Politik und Wirtschaft verfügen. Dessen ungeachtet sind sie nicht als homogene Einheit zu verstehen. Interne Konkurrenzen und Machtkämpfe haben die Clans in der Vergangenheit gespalten. Bekanntestes Beispiel dafür ist der Bruch zwischen dem ehemaligen Premierminister Lasarenko²² und Präsident Kutschma, die beide ihre Wurzeln im Dnipropetrowsker Clan haben. Nachdem Lasarenko von Kutschma entlassen wurde übernahm er im Parlament die Führung der Fraktion von Hromada, die fortan vehement die Oppositionsrolle einnahm²³.

Da die Strukturen der Clans sehr undurchsichtig und wenig erforscht sind, wird in der Regel von „dem Clan“ gesprochen. Die einflussreichsten unter ihnen sind der Donezker und der Dnipropetrowsker Clan. Beide haben ihre Basis im stark industrialisierten Südosten der Ukraine. Der Dnipropetrowsker Clan vertritt vor allem die Interessen der ansässigen Rüstungsindustrie,

¹⁸ Anfang 2000 betragen die Schulden 1,4 Mrd. US-\$ plus ca 700.000 US-\$ für gestohlenen Gas, Vgl. Pleines 2002, S. 229.

¹⁹ Financial Times, 6.6.2000.

²⁰ Kyiv Post, 27.6.2000.

²¹ Vgl. RFE/RL Report, 5.9.2000.

²² von Juni 1996 bis Juli 1997 im Amt.

²³ Ott 1997.

während hinter dem Donezker Clan die Schwerindustrie der Donbass-Region steht.²⁴ In beiden Clans gibt es dominante Unternehmen, die über die Region hinaus eine starke Position in der gesamtkrainischen Wirtschaft innehaben.

Dnipropetrovsker Clan

Der Dnipropetrovsker Clan, in dem bereits Nikita Chruschtschow seine Wurzeln hatte, gelang als Kaderschmiede durch Leonid Breschnew zu bedeutendem Einfluß und Macht auf Unions-ebene. Breschnew hatte seine politische Karriere in Dnipropetrovsk begonnen und umgab sich hauptsächlich mit Vertrauten aus der Heimatregion. Durch sie hatte er Kontrolle über Polizei, KGB und den Parteiapparat. Unter dem Chef der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU), Wolodymyr Schtscherbitskyj, hatte der „Dnipropetrovsker Clan“ relativ großen Einfluß auf höchster Unionsebene. Der erste Präsident der unabhängigen Ukraine, Leonid Krawtschuk, orientierte sich aber, trotz seiner Herkunft aus der KPU stärker an der national gesinnten Westukraine. Seit der Amtsübernahme Leonid Kutschmas 1994 und in der Folge der Ernennung Pawlo Lasarenkos zum Premierminister hat der Clan auf nationaler Ebene seinen Einfluß wieder verstärkt.

Wirtschaftliches Standbein des Clans ist die Metallurgie, die mit 20% am BIP und dem gesamtukrainischen Exportvolumen beteiligt ist. Ein mit dem Clan verbundenes Unternehmen ist die Gruppe „Privatbank“. Sie hat mit Gründung der Finanzgruppe „TAS“ eine starke Stellung auf dem Finanzmarkt und im Versicherungsgeschäft erreicht. Sie gehört zu den führenden Banken der Ukraine, ist im Erdölgeschäft tätig und an Raffinerien beteiligt. Eine Gründerfirma der Bank – „Sentosa“ – unterhält das größte Tankstellennetz in der Ukraine. Unter die Kontrolle des Unternehmens fallen außerdem drei große Aufbereitungslagen in der Montanindustrie, Beteiligungen an der Stickstofffabrik „DniproASOT“, dem Perowski-Hüttenkombinat und angeblich 40% der Anteile am Erdölkonzern „Ukrnafta“. Das zweite wirtschaftliche Standbein ist die Firma „Interpipe“. Das 1990 gegründete Unternehmen kontrolliert die Mehrheit der großen Röhrenfabriken des Landes. Der seit 1997 amtierende Präsident der Firma, Wiktor Pintschuk, gehört zur Gruppe der einflussreichen Oligarchen. Weitere wichtige Beteiligungen umfassen das Metallurgiekombinat in Altschewsk (Gebiet Lugansk), mehrere Kohlebetriebe in Luhansk, die Ukrsozbank, und die Bank „Kredyt-Dnipro“.²⁵

Donezker Clan

Der Donezker Clan gründet seine Macht vorwiegend auf Reichtum, den er durch „Schattenhandel“ mit Kohle und Metallprodukten aus der Donbas Region machte. Durch seinen Einfluß auf die sehr gut organisierte Bergarbeitergewerkschaften der Region bewahrt er sich stets ein starkes Druckmittel gegen die Regierung. Die Möglichkeit, die Arbeiter zu Streiks anzuhalten und dadurch Entscheidungen der Regierung zu beeinflussen, verschaffte der Region in der Vergangenheit eine besondere Machtposition in Kiew.²⁶

Eine führende Donezker Persönlichkeit war Wolodymyr Schtscherban, ein typischer Vertreter der Neuen Ökonomischen Elite. Er hat seine Karriere 1985 als Direktor eines Supermarkts im Donezk begonnen und war schnell über fruchtbare Kontakte in die Regionalelite aufgestiegen. Dort traf er auf den damaligen Direktor der Zeche Sadjadjakaja, Juchym Swjahilskyj. Als dieser

²⁴ Vgl. Varfolomejev 1997, S. 31–34. Zum Donezker Clan siehe auch den Beitrag von Kerstin Zimmer im vorliegenden Heft.

²⁵ Vgl. Who owns Ukraine, in: Eastern Economist, 22.–28.1.2001; Durkot 2002.

²⁶ Bergarbeiterstreiks, die seit 1989 zunächst in der ganzen Sowjetunion stattfanden, bekamen immer mehr nationalen Charakter und trugen letztlich 1991 erheblich zum Erfolg der Unabhängigkeitsbewegung bei. 1993 sorgten sie für die Absetzung des Premierminister Kutschmas, dessen Nachfolger Swjahilsky einer der regionalen Führer des Donezker Clans wurde. 1996 führten Streiks wegen ausstehender Löhne in Höhe von 520 Millionen Hryvnyas (335 Millionen Dollar) zur Schwächung der eigenen Region. Vgl. Varfolomejev 1997; Wittkowsky 1998.

1992 Vorsitzender der Donezker Stadtverwaltung wurde, ernannte er Schtscherban zu einem seiner Stellvertreter. Neben seiner politischen Laufbahn arbeitete Schtscherban auch mit seinem Unternehmen „Delo wsech“ (Sache aller) an seinem wirtschaftlichen Standbein. Schtscherban wurde 1994 Gouverneur des Donezker Oblast und bei den Parlamentswahlen im selben Jahr bekam er einen Sitz in der Werchowna Rada, dem nationalen Parlament. Swjagilski wurde 1993 von Krawtschuk zum geschäftsführenden Premierminister ernannt.²⁷

Eine weitere Person, die den Donezker Clan schon früh geprägt hat, ist Ihor Markulow, ebenfalls ein Sprössling der Neuen Ökonomischen Elite. Ende der 80er Jahre, mit 26 Jahren, wurde er Generaldirektor des Unternehmens Aton – „ein Konglomerat aus Versicherung, Investmentfonds, Lebensmittelhandel und Produktionsbetrieben von Brot, Ziegelsteinen und Baumaterialien“.²⁸ 1991 gründete Markulow die Liberale Partei, die sich vor allem aus reichen Donezker Businessleuten zusammensetzte.²⁹

Heute stützt sich die wirtschaftliche Macht des Clans auf die Gesellschaft „Donbas Industrie Union (ISD)“, die mit ihren zahlreichen Tochter- und Partnerunternehmen 2001 zum zweitgrößten ukrainischen Konzern aufgestiegen sein soll. Das Unternehmen kontrolliert mehrere Kohlegruben und Industriebetriebe und hat eine Monopolstellung als Energielieferant in der Region. Der Einfluß von ISD erstreckt sich bis zum Fußballklub „Schachtjor“. Dessen Präsident, der 35jährige Rinat Achmetow, als „mächtigster Strippenzieher in der Region“ gesehen wird. Als er 1995 die Donmiskbank gründete, war er einer der jüngsten Banker in der Ukraine. Später übernahm er die „Lux AG“, die mehrere Hotels betreibt und Beteiligungen an zahlreichen Industriebetrieben hält.³⁰

Oligarchen

Einzelne Wirtschaftsakteure haben sich riesige branchenübergreifende Wirtschaftsimperien aufgebaut und wichtige Massenmedien unter ihre Kontrolle gebracht. In einem letzten Schritt haben sie ihre Macht durch eine gelungene Verquickung mit der Politik dauerhaft gefestigt. Sie sind die eigentlichen Drahtzieher im Hintergrund, die „power brokers“³¹, und maßgeblich konstituierend an der Struktur und dem Wesen des ganzen Systems beteiligt. Diese sogenannten Oligarchen verkörpern die Symbiose von Wirtschaft und Politik, die zum Kennzeichen des ukrainischen Systems geworden ist.

Der Aufstieg dieser kleinen exklusiven Machtelite fällt zusammen mit der Amtsübernahme von Leonid Kutschma im Jahr 1994. Das Verhältnis zwischen Präsident und Oligarchen basiert auf gegenseitigem Nutzen. Während die Oligarchen Kutschma in den Medien den Rücken freihalten und ihm in Wahlkampfzeiten ihre volle finanzielle Unterstützung zu kommen lassen, sorgt er für die Blockade von Reformen, die sie in ihren Geschäften behindern würden und für ungehinderten Zugriff auf noch mehr Kapital. Unter seiner Protektion können sie relativ sicher vor der Justiz ihren Geschäften nachgehen. Zentrale Oligarchen sind:

Wiktor Medwedtchuk / Hryhorij Surkis – Die beiden Oligarchen bilden den Kopf des Slawutitsch Konzerns. Ihr Einfluß erstreckt sich auf die Gebiete Elektrizitätswirtschaft, Erdölverarbeitung, Hüttenindustrie, Finanzwesen, sowie Medien und Sport. Hryhorij Surkis hatte bereits unter der Präsidentschaft Krawtschuks begonnen, sich durch den Erwerb von Öl-Import-Lizenzen eine feste wirtschaftliche Machtbasis zu errichten. Der gemeinsamen Kontrolle unterliegen zwei

²⁷ Vgl. Wittkowsky 1998, S. 165.

²⁸ Vgl. Ebd..

²⁹ Vgl. Varfolomeyev 1997, S. 31–34.

³⁰ Durkot 2002; Eastern Economist 22.–28.1.2001, 4.–10.2.2002. Zum Donezker Clan siehe auch den ausführlichen Beitrag von Kerstin Zimmer im vorliegenden Heft.

³¹ Wittkowsky 2000, S.12.

Banken, der Fußballverein Dynamo Kiew, der Konzern Tytan, „Energieallianz Luhansk“ sowie zahlreiche Fernsehsender und Zeitungen.³²

Wiktor Pintschuk – Er kontrolliert die einflussreiche Dnipropetrowsker Interpipe Gruppe. Zu seinen Geschäftspartnern zählen Andrij Derkatsch und Sergij Tihipko. Neben der Röhrenproduktion liegen weitere Schwerpunkte der Unternehmensgruppe im Finanzwesen, der Hüttenindustrie, Kohleindustrie, Möbelproduktion, Lebensmittelindustrie, sowie der Landwirtschaft und im Erdgasimport. Ein weiteres Unternehmen mit dem Pintschuk in Verbindung steht, ist die ebenfalls in Dnipropetrowsk angesiedelte „PrivatBank“. Pintschuk kontrolliert die Zeitung „Fakty i komentarii“ und einige Fernsehsender.³³

Olexandr Wolkow – Er ist ein typischer Aufsteiger, der aus den Wirren der Umsturzphase Kapital geschlagen hat. 1998 begann er seine Wirtschaftskarriere als Leiter eines Fabrik-Kollektivs. Im Jahr 1992 hat er den Fernsehsender Gravis gegründet. Später hat er Anteile am größten nationalen Radiosender Europa Plus und ein Kontrollpaket am Fernsehsender ICTV erstanden und kontrolliert außerdem die Sender Ukrainian Television-1 und Studio 1+1 Television. Wolkow ist auch im Öl- und Kohlesektor tätig und hat dadurch enormen Reichtum angehäuft.³⁴ Zu seinen engen Geschäftspartnern gehört Ihor Bakaj. In Belgien läuft seit Anfang 1999 gegen Wolkow ein Verfahren wegen Geldwäsche. Anfang 2000 haben die USA Kutschma aufgefordert, die Zusammenarbeit mit Wolkow zu beenden.³⁵

Ihor Bakaj – Er war bis 1997 Vorsitzender der Handelsgesellschaft „Intergaz“, einer der führenden Gasimporteure des Landes. 1998 setzte Kutschma ihn an die Spitze der neu eingerichteten Gesellschaft „Naftogaz Ukrainy“. Bakaj soll sich von dieser Position aus im großen Stil bereichert haben. Radio Free Europe meldete, daß er mehrere Millionen US Dollar auf Auslandskonten transferiert hat.³⁶ Bakaj trat Mitte 2000 von seinem Posten zurück. Bakaj hat Einfluß auf den Fernsehkanal ICTV und die Zeitung „Segodnya“.³⁷

Wadim Rabinowitsch – Rabinowitsch galt 1999 mit einem geschätzten Jahreseinkommen von einer Milliarde Dollar als einer der reichsten Oligarchen. Er selbst gibt sein Vermögen mit ungefähr einer oder zwei Millionen Dollar an. Rabinowitsch gilt als führender Medienmagnat. Er leitet die Schweizer Firma „Rico Kapital Gruppe“. Seine Geschäftstätigkeit umfasst Pelz-, Schmuck- und Kosmetikhandel, Bankwesen, Kapitalanlagen und Werbung. Anfang des Jahres 2002 kam er in den Verdacht, an Waffenverkäufen an den Irak beteiligt gewesen zu sein. Rabinowitsch kontrolliert die Fernsehkanäle „Era“ und NTU, die Radiosender „Super-Nova“ und „Era“ (UR-1), die Nachrichtenagentur „UNIAR“, die Zeitungen „Stolitschnyje novosti“ und „Delovaja nedelja“.³⁸

Interessenlage der Wirtschaftseliten

Bei den Wirtschaftseliten stehen rent-seeking Interessen im Vordergrund ihres Handels. Die Übernahme von staatlichem Eigentum und der Erhalt von Subventionen und Privilegien waren das ehrgeizig verfolgte Ziel. Und dieses ging absolut nicht mit einem „gesamtgesellschaftlichen Transformationsziel konform“.³⁹ Als sie erkannten, daß es bestimmter Maßnahmen brauchte,

³² Ebd. S. 14.; Chto e Chto 2001; Kyiv Post 1.6.1999.

³³ Vgl. Kyiv Post 1.6.1999; Chto e Chto 2001.

³⁴ Vgl. Wittkowsky 2000, S. 13; Kyiv Post 15.4.1999.

³⁵ Vgl. Kyiv Post 1.6.1999, Kyiv Post 20.1.2000.

³⁶ Vgl. RFE/RL Report 5.9.2000.

³⁷ Vgl. Kyiv Post 1.6.1999; Chto e Chto 2001.

³⁸ Kyiv Post 1.6.1999, 16.6.2000. Ein sehr spekulatives Portrait gibt: Jürgen Roth: Der Oligarch. Vadim Rabinovich bricht das Schweigen, München 2001.

³⁹ Wittkowsky, 1998, S.15ff.

um ihren Besitz zu schützen, ließen sie sich zur Unterstützung des Ansatzes eines Reformprogramms überreden. Aber nur soweit, wie es den weiteren Ausbau ihrer Macht nicht einschränkte und ihr Besitz sich weiter vermehren konnte. Heute noch sträuben sich die Wirtschaftseliten gegen echte Reformmaßnahmen. Die Absetzung von Premierminister Wiktor Juschtschenko im Frühjahr 2001 verdeutlichte dies erneut.

Die Rolle von kollektiven Akteuren im oligarchischen System ist sehr begrenzt. Ein ausgebauten Verbändesystem ist nicht existent. Einzig die „Union der Industriellen und Unternehmer“ als Lobby vornehmlich der Rüstungsindustrie spielte aufgrund der Rolle des Industriezweiges und der gemeinsamen Schnittstelle mit Präsident Kutschma in Dnipropetrowsk eine machtpolitisch einflussreiche Rolle. Sie ist unter dem Vorsitz von Premierminister Anatolij Kinach in der Partei der Industriellen und Unternehmer organisiert.

Das stark von persönlichen und materiellen Interessen geleitete Handeln der Wirtschaftseliten und die Konkurrenz um größtmöglichen Einfluß auf die politischen Machtorgane wirkt jedoch in der Regel der Bildung kollektiver Organe entgegen. Selbst stark vernetzte Gebilde wie die regionalen Wirtschaftsclans können dauerhaft nicht als Einheit auftreten.

Die Betrachtung der oben aufgeführten Wirtschaftsakteure lässt den Gedanken aufkommen, daß der wirtschaftliche Erfolg und die Ausweitung des Einflusses zunehmen, je kleiner die Akteurs-einheiten sind. Mächtige Oligarchen stehen für den Vorteil von Alleinherrschaften oder der Begrenzung auf einige wenige loyale Partner.

Interaktionsmuster politischer Einflussnahme durch Wirtschaftsakteure

Das ukrainische System, das vor allem dadurch gekennzeichnet ist, daß Entscheidungen von informellen Strukturen und Entscheidungsträgern getroffen werden, bietet einflußorientierten Wirtschaftsakteuren zahlreiche Möglichkeiten, politische Schaltstellen und Machtzentren zu kontaktieren und zu beeinflussen. Zentrale Ziele sind der Präsident selbst, die Präsidialadministration, die Regierung mit den Ministerien, das Parlament und die Parteien. Es gilt nun zu klären, welche Lobbyismusstrategien von den Wirtschaftsakteuren angewendet werden, um ihren Einfluß zu stärken, bzw. um ihre wirtschaftliche Macht zu legalisieren. Diese Einflussnahme auf politische Akteure durch Wirtschaftsgruppen ist für die post-sowjetische Ukraine bisher kaum erforscht und lässt sich daher nur beispielhaft darstellen.

Direkte Beeinflussung von Akteuren in der staatlichen Exekutive

Präsident – Der direkte Kontakt mit dem Präsidenten ist in diesem System die höchste und erfolgversprechendste Art zu großem wirtschaftlichen und politischen Einfluß zu gelangen. In der Position eines präsidentiellen Beraters findet sich daher auch der eine oder andere Oligarch. Lange übten Wolkow und Rabinowitsch dieses Amt aus. Der Geschäftsmann Andrij Derkatsch, Sohn des ehemaligen Geheimdienstchefs Leonid Derkatsch, wurde 1996 Kutschmas Berater für Fragen des Außenhandels.⁴⁰ Anlässlich der Präsidentschaftswahlen hat er ein Wahlkampfteam für Kutschma geleitet. Er steht in engem Geschäftsverhältnis zu Wiktor Pintschuk.⁴¹

Präsidialadministration – Die Präsidialadministration ist das entscheidende Exekutivorgan, dem die Regierung praktisch unterstellt ist. Im Juni 2002 wurde Wiktor Medwedtschuk zum Leiter der Präsidialadministration ernannt.⁴² Medwedtschuk ist der erste Oligarch, dem dieses offizielle Amt übertragen wurde. Dem bereits sehr einflussreichen Oligarchen ist damit der

⁴⁰ Ukrainian Center for Independent Political Research 1997.

⁴¹ Vgl. Kyiv Post 28.10.1999

⁴² RFE/RL Poland, Belarus, Ukraine Report, 18.6.2002, Vol 4, Nr 24.

Sprung ins Zentrum der Macht gelungen und es bleibt abzuwarten, welchen Nutzen er daraus für sich und seine Geschäftsinteressen ziehen wird.

Regierung – Obwohl die Regierung praktisch das ausführende Organ der Präsidentialadministration ist und keine besonderen Entscheidungsbefugnisse hat, kann sich ein Kontakt zu Vertretern der Exekutive durchaus positiv auswirken. Er kann Zugang zu Krediten und Subventionen, Lizenzen, Informationen und zahlreichen Vergünstigungen gewährleisten. Die Positionierung von loyalen Anhängern in einem Regierungsamt kann daher sehr günstig für die wirtschaftlichen Interessen von Oligarchen sein. Gerade der Einfluß der Wirtschaftsc clans wird häufig an Regierungsposten bemessen.

Nachdem Kutschma Pawlo Lasarenko zum Premierminister ernannt hatte, wurde die Rückkehr des Dnipropetrowsker Clans ins Zentrum der Macht beschworen. Sein Nachfolger Walerij Pustowoitenko⁴³, sowie der seit Mai 2001 amtierende Regierungschef Anatolij Kinach gehören ebenfalls zur Dnipropetrowsker Elite. Im Kabinett Pustowoitenko saß mit Serhij Tihipko seit Juli 1997 ein einflussreicher Geschäftsmann auf dem Posten des stellvertretenden Premiers für Wirtschaftsreformen. Tihipko arbeitet eng mit dem Oligarchen Pintschuk zusammen und war bis zur Amtsübernahme Präsident des Unternehmens Privatbank.⁴⁴ Ein Assistent von Pustowoitenko war Andrij Derkatsch.⁴⁵

Auch der Donezker Clan konnte trotz bekannter Rivalitäten mit dem Dnipropetrowsker Clan zu einflussreichen Regierungsämtern gelangen. Im Jahr 2001 stiegen einige seiner Vertreter in hohe Positionen auf.⁴⁶ Oleg Dubina war von Januar bis Mai Vizepremier für Fragen der Industriepolitik.⁴⁷ Ende 2001 wurde Ihor Juschko zum Finanzminister ernannt. Er war zuvor Vorstandsmitglied der Ukrainischen Nationalbank. Mit ihm und Mykola Asarow, dem Chef der Steuerverwaltung, besetzte der Clan zwei der wichtigsten Finanzinstitutionen. Seit November 1999 ist Witalij Haiduk Minister für Brennstoff und Energie. Er ist Mitbegründer der Donbas Industrie Union.⁴⁸ Zuletzt wurde am 21. November 2002 der bisherige Donezker Gouverneur Wiktor Janukowitsch, auf Vorschlag von Kutschma, durch das Parlament zum Premierminister gewählt.⁴⁹ Er löste damit Kinach an der Spitze der Regierung ab. Der vollzogene Personalwechsel stärkt die Position des Donezker Clans auf nationaler Ebene erheblich. Die nun anstehende Neubesetzung zahlreicher Regierungsämter stellt derzeit eine reelle Chance für ehrgeizige Geschäftsleute dar, wichtige Ämter zu besetzen und ihren Einfluß zu stärken.

Durchdringung des Parteiensystems

Das unkonsolidierte fragmentierte Parteiensystem macht es den finanzstarken Wirtschaftsakteuren relativ einfach, durch Gründungen von Parteien, Teilnahme an Wahlen und der Gründung von Fraktionen im Parlament ihre Wirtschaftsmacht politisch zu untermauern. Im folgenden sollen die Wirtschaftsakteure auf ihre „Parteiarbeit“ überprüft werden.

Dnipropetrowsker Clan – Volksdemokratische Partei der Ukraine (VDPU) – Die Partei galt in den ersten Jahren von Kutschmas Präsidentschaft und noch einmal verstärkt zwischen 1998 und 1999, als ihr Vorsitzender Walerij Pustowoitenko Premierminister war, als „Partei der Macht“. Im Frühjahr 1999 kam es über die Frage, ob die Partei Kutschmas Kandidatur bei den Präsi-

⁴³ Amtszeit Juli 1997 bis Dezember 1999.

⁴⁴ Kyiv Post 25.11.1999.

⁴⁵ Kyiv Post 28.10.1999.

⁴⁶ UCIPR Research Report, No 1/249, 4.1.2002, 2001.

⁴⁷ Chto e Chto 2001.

⁴⁸ Ukrainska Pravda 21.11.2001.

⁴⁹ Ukrayinka Pravda, 22.11.2002.

dentschaftswahlen unterstützen solle, zu einer ersten Spaltung. Nachdem Pustovoitenko als Regierungschef Ende 1999 nicht bestätigt worden war, verlor die Partei an Bedeutung.⁵⁰

Donezk 1 – Liberale Partei (LPU) – In ihr organisierten sich seit der Gründung durch Markulow die Donezker Wirtschaftseliten. Seit 1996 ist der ehemalige Gebietsgouverneur von Donezk, Wolodymyr Schtscherban Vorsitzender der LPU⁵¹. Bei den Parlamentswahlen 2002 trat sie im Block von Wiktor Juschtschenko „Nascha Ukraina“ an. Die Abgeordneten der LPU sind schon bald nach der Wahl aus dem Bündnis ausgetreten.

Donezk 2 – Partei der Regionen – Die Partei wurde im März 2001 auf der Basis der Parlamentsfraktion „Arbeitssolidarität der Ukraine“ gegründet. Kurz darauf wurde die Fraktion „Regionen der Ukraine“ gebildet.⁵² Parteiführer war Mykola Asarov. Er hat nach der Parlamentswahl 2002 und dem gelungen Einzug der Partei in die Werchowna Rada zugunsten seiner Position als Leiter der Staatlichen Steuer Administration auf die Parteiführung verzichtet. Nach Angaben des Eastern Economist ist die Zahl der Parteimitglieder im Jahr 2001 von 4.000 auf 400.000 angestiegen. Nicht jedoch Asarov, sondern der Besitzer des Donezker Fußballclubs „Shakhter“, Rinat Akhmetov, soll die treibende Kraft hinter dem steten Machtanstieg zugunsten des „Donezker Clans“ sein. Bisher hat er sich offiziell von der nationalen Politarena zurückgehalten. Er ist im Gegensatz zu vielen anderen Wirtschaftsakteuren weder 1998 noch 2002 bei den Parlamentswahlen angetreten. Das Zentrum seiner Wirtschaftsmacht bildet die Donbas Industrie Union.⁵³ Die Partei ist mit 37 Abgeordneten in der Werchowna Rada vertreten.⁵⁴

Medwedtschuk – Surkis – SDPU(o) (Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine) – Die Partei wurde 1998 von den beiden Oligarchen praktisch übernommen. Der damalige stellvertretende Parlamentsvorsitzende Wiktor Medwedtschuk übernahm ihre Führung. Gegen den ursprünglichen Wunsch der Parteibasis setzte die neue Führung durch, Leonid Kutschma im Präsidentenwahlkampf zu unterstützen. „In keiner anderen Partei sind politische und geschäftliche Interessen so eng miteinander verflochten.“⁵⁵ Die Partei hat 39 Abgeordnete in der Werchowna Rada.⁵⁶

Pintschuk – TPU (Arbeitspartei der Ukraine) – Führer der Partei ist Serhij Tihyiko. Neben ihm sitzen Pintschuk, Derkatsch und Sarov⁵⁷ im Führungsgremium. Die Partei wurde im April 1999 von der Fraktion „Werk tätige Ukraine“ ins Leben gerufen.⁵⁸ Die Partei hat sich mit der „Partei der Industriellen und Unternehmer“ von Premierminister Kinakh zu einer Fraktion zusammengeschlossen. Sie besteht aus 38 Abgeordneten.⁵⁹

Wolkow – Bakai – DS (Demokratische Union) – Die Partei wurde im Mai 1999 auf der Basis der Fraktion „Die Wiedergeburt der Regionen“ gegründet. Im Dezember 1999 wurden der stellvertretende Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Zynovyj Kulyk, der damalige Leiter von „Naftohaz Ukrajini“, Ihor Bakaij, und der engste Vertraute und Berater Kutschmas, Olexander Wolkow, in das Führungsgremium der Partei gewählt. Alle drei sind Mitglieder von Kutschmas Wahlstab 1999.⁶⁰ In der Werchowna Rada ist die Partei durch die

⁵⁰ Ott 2000a, S. 21.

⁵¹ Ott 1999.

⁵² UCIPR Research Report, No 1/249, 4.1.2002.

⁵³ Eastern Economist, 22.–29. Oktober 2001.

⁵⁴ www.oracle2.rada.gov.ua/pls/radac/fr_list

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ Leiter des Unternehmens Intergas, war Vertreter des Präsidenten im Parlament und Berater des Präsidenten.

⁵⁸ Ott 2000a.

⁵⁹ UCIPR Research Report, No 25/273, 24.6.2002.

⁶⁰ Ott 2000a.

Fraktion „Demokratische Initiative“ vertreten. Sie vereint 20 Abgeordnete. Der inoffizielle Parteiführer Wolkow ist im Oktober in die Fraktion der SDPU(o) eingetreten.⁶¹

Rabinowitsch – PZU (Grüne Welt) – Die Partei wurde im Mai 1991 gegründet. Vor der Parlamentswahl 1998 wurde sie vom oligarchischen Großkapital in Person von Wadim Rabinowitsch entdeckt und zum Zweck, seine Macht politisch zu festigen, vereinnahmt. Auf der damaligen Wahlliste standen unter den ersten 20 Kandidaten 12 Unternehmer und Geschäftsleute. Dank ihrer großzügiger Finanzierung und geschickter Wahlkampagne konnten die Grünen 1998 ins Parlament einziehen.⁶² Der Einzug ins Parlament gelang der Partei bei den Parlamentswahlen 2002 nicht.

Die Oligarchen-Parteien im nationalen Parlament

Die Parlamentswahlen 1998 haben zahlreiche Geschäftsleute genutzt, ihren wirtschaftlichen Einfluß durch ein Abgeordnetenmandat in der Werchowna Rada aufzuwerten. Im Vorfeld der Wahlen haben sich auch Oligarchen politisch organisiert und haben selbst den Weg ins Parlament gemacht. Über 100 Unternehmer zogen 1998 ins nationale Parlament ein. Im April 2002 hat der Chef der Steueradministration bekannt gegeben, daß 364 Abgeordnete direkt oder indirekt an kommerziellen Strukturen beteiligt sind, 202 Abgeordnete Unternehmen leiten und 473 Unternehmen von Abgeordneten gegründet worden sind. Nur 86 Abgeordnete sind nach Azarows Angaben nicht wirtschaftlich aktiv.⁶³ Ein Großteil der Unternehmer wird zur propräsidentiellen Gruppe im Parlament gezählt. Dreimal seit 1999 haben diese Gruppen und Fraktionen trotz gegenseitiger Konkurrenz eine Einheit gebildet und wichtige Entscheidungen maßgeblich mitbestimmt:

- Anfang 2000 vereinten sich die propräsidentiellen Kräfte, um zu einem Schlag gegen die linke Mehrheit im Parlament auszuholen, im Zuge dessen es sogar zur Spaltung des Parlaments und dem Auszug der neuen propräsidentiellen Mehrheit aus dem Parlamentsgebäude kam. Am Ende erreichten sie ihr Ziel und erzwangen den Rücktritt des Parlamentssprechers Tkatschenko (KPU).⁶⁴
- Im April 2001 setzten sie gemeinsam mit den Kommunisten den reformfreudigen Premierminister Jutschtschenko ab.
- Ein halbes Jahr nach den Parlamentswahlen 2002 ist es den propräsidentiellen Kräften im Parlament gelungen eine – wenn auch knappe – Mehrheit zu gründen. Es wird sich zeigen, ob die Mehrheit aus „232, inklusive den Sprecher“ Bestand haben wird.⁶⁵

„Spenden“ an Parteien und Politiker

Häufige Migrationen von Abgeordneten zwischen den verschiedenen Fraktionen in der Werchowna Rada sind gerade anlässlich wichtiger Abstimmungen keine Seltenheit. Fraktionsdisziplin ist schon mangels starker Parteibindung nur schwach ausgebildet. Verständlicherweise gibt es nur selten Angaben über die finanziellen Anreize mit denen Abgeordnete zum Fraktionswechsel „überredet“ werden. Je nach politischem Gewicht eines Abgeordneten sollen Fraktionen zur Zahlung von bis zu 50.000 USD bereit gewesen sein. Die Bildung der Fraktion Hromada⁶⁶ soll insgesamt zwischen 500.000 und 700.000 USD gekostet haben, 30.000 – 40.000 USD pro Abgeordnetem. Die PDP soll hingegen ihre Fraktionsmitglieder mit Privilegien an sich ge-

⁶¹ Ukrainska Pravda 17.10.2002

⁶² Ott 2000a.

⁶³ Ott 2002.

⁶⁴ FAZ 26.1.2000.

⁶⁵ Den 15.10.2002

⁶⁶ Ott 1997.

bunden haben. Auch Abstimmungen werden, je nach Sachlage zu lukrativen Geschäften, bei denen Stimmen ab 1000 USD aufwärts gehandelt werden.⁶⁷

Mobilisierung der öffentlichen Meinung

Nicht nur der Staatsapparat, die sogenannten administrativen Ressourcen, werden zur Beeinflussung der Wähler eingesetzt. Einige propräsidentielle Kräfte, zumeist „Oligarchenparteien“, setzen sich in den von ihnen kontrollierten Medien für den Präsidenten ein. Besondere Bedeutung kommt diese Art der Medienbeeinflussung in Wahlkampfphasen zu. Fernseh- und Radiosender, sowie Printmedien werden zu einseitigen Sprachrohren des Präsidenten oder ihm nahestehender Gruppierungen.

Der Präsidentenwahlkampf 1999 stand ganz besonders unter oligarchischem Einfluß. Treibende Kräfte waren die Demokratische Union (Wolkow), die SDPU(o) (Surkis-Medwedtschuk) und die „Werkstätige Ukraine“ (Tihipko, Pintschuk). Die Demokratische Union „überflutete die Wähler während des Wahlkampfes mit 100 Millionen Flugblättern, Prospekten und Werbedrukken.“⁶⁸ Sie war außerdem die treibende Kraft hinter dem Verfassungsreferendum im Frühjahr 2000.

Vorherrschende Lobbyismusstrategien

Die aufgezeigten Interaktionsmuster geben beispielhaft einen Einblick in die Art der Einflussnahme von Wirtschaftsakteuren auf die Politik. Zwei Lobbyismusstrategien sind dabei zum Tragen gekommen. Zum einen die *kooperative Strategie*, in deren Rahmen Informationen und Meinungen ausgetauscht, sowie Maßnahmen abgestimmt werden. Zum anderen die *Vereinnehmungsstrategie*, bei der Lobbyisten versuchen, vorrangig durch Spenden und durch Implementation von loyalen Verbündeten in relevanten staatlichen Organisationen und durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung zugunsten staatlicher Akteure, direkten Einfluß auf Entscheidungsprozesse zu nehmen.

Zunehmend greifen die ukrainischen Wirtschaftsakteure zu einer weiteren Strategie, die sich als *Personalunion* bezeichnen läßt. Sie streben direkt in wichtige Ämter, häufig ist dies der Vorsitz in einer eigenen Partei. Der direkte Gang in die Institutionen ermöglicht ihnen die unmittelbare Einflussnahme, ohne einen Vertreter bemühen oder Kontakte zu staatlichen Akteuren in wichtigen Positionen aufrechterhalten zu müssen. Das kann von Fall zu Fall auch kostengünstiger sein. Die einflußnehmenden Akteure umgehen damit den klassischen Lobbyismus. Immer häufiger tendieren sie dazu selbst in die Rolle politischer Akteure zu schlüpfen.

Das Netzwerk

Akteure der wirtschaftsbezogenen Politikfeldnetzwerke

In den wirtschaftsbezogenen Politikfeldnetzwerken kommt es zur Verknüpfung wirtschaftlicher mit politischen Akteure. Die dominierenden Wirtschaftsakteure sind die Vertreter von Großunternehmen und Finanz-Industrie-Gruppen. In der stark monopolisierten Wirtschaft sind die Schlüsselindustrien und –marktbereiche in den Händen weniger aufgeteilt. Sie stehen teilweise in einem starken Konkurrenzverhältnis zueinander. Die politischen Akteure sind Vertreter von Exekutive und Legislative. In dieser Untersuchung wurden nur Akteure auf nationaler Ebene betrachtet.

⁶⁷ Vgl. Walecki 2002.

⁶⁸ Ott 2000b.

Die zentrale Position im Netzwerk hat der Präsident mit seinem Beraterstab und der Präsidentschaftsadministration. Die praktisch ihm unterstehende Regierung mit den Ministerien ist um so interessanter, da sie nicht von einer parlamentarischen Mehrheit abhängig ist. Damit ist der Zutritt von außen, da er nicht an Wahlen gebunden ist, vor allem durch persönliche Kontakte und auch während der Legislaturperioden stark vereinfacht. Der häufige Wechsel der Premierminister, der in erster Linie von der Willkür des Präsidenten abhängt, erhöht die Möglichkeit eines günstigen Regierungsplatzes. Gleichzeitig machen die häufigen Personalwechsel, durch die ganze Interessensverlagerungen in der Führung vollzogen werden können, das Netzwerk instabil und zwingen die Akteure zu Flexibilität und Auweichmanövern im Falle eines Regierungswechsels. Die Zusammensetzung einzelner Ministerien und die Besetzung von Schlüsselpositionen im Kabinett wird immer mit dem Blick auf die beiden einflussreichsten regionalen Clans, den Dnipropetrowsker und den Donezker Clan verbunden. Seit Kutschmas Präsidentschaft geht man eher von einer stärkeren Position des Dnipropetrowsker Clans aus. Seit 2001 ist jedoch eine deutliche Zunahme seitens des Donezker Clans zu betrachten.

Das Parlament hat seit den Wahlen 1998 seine Position im Politikfeldnetzwerk gestärkt, da zahlreiche Oligarchenparteien erstmals 1998 ins Parlament einzogen. Die Oligarchen und Unternehmen haben es infiltriert und bieten von innen heraus neue Anknüpfungspunkte nach außen, bzw. haben sich intern neue Möglichkeiten der Netzwerkbildung geschaffen.

Netzwerkstruktur und Machtverteilung

Ronald S. Burt hat mit seiner Theorie der „structural holes“⁶⁹ einen Ansatz gegeben, stark netzwerkdominierte Systeme, wie sie die nationale Politik der Ukraine prägen, zu erklären. Dabei geht er von einem Akteur aus, der verschiedene Typen von Netzwerken ausbilden kann. Sie unterscheiden sich zum einen durch das Verhältnis der Kontakte untereinander und zum anderen durch die von ihnen ausgebildeten Netzwerke. Den größtmöglichen Nutzen aus seinem Netzwerk erhält der Akteur wenn die Kontakte untereinander nicht verbunden sind. Dadurch entstehen „strukturelle Löcher“, durch die der Akteur gewährleisten kann, daß er alleiniger Nutznießer eines Kontaktes ist.

Es ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich, eine genaue Anwendung des Ansatzes von Burt auf das ukrainische oligarchische System anzuwenden, da die dafür notwendigen Informationen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht vorliegen. Daher können keine allgemeinen Aussagen gemacht werden. Zwei Beispiele für dessen Gültigkeit lassen sich jedoch finden:

Zum einen lässt sich dem Präsidenten eine optimale Netzwerkposition zuordnen. Sie kennzeichnet sich durch ein Netzwerk, daß aus allen relevanten Akteuren (als Primärkontakten) besteht, die untereinander jedoch meistens keine Verbindungen eingehen. Jeder Kontakt für sich verfügt jedoch über ein eigenes Netzwerk. Die optimale Netzwerkstruktur kommt für Kutschma dadurch zustande, daß er das Hauptziel aller einflussnehmenden Akteure ist. Seine Kontakte stehen daher häufig in einem Konkurrenzverhältnis zueinander. Das erlaubt es Kutschma, die Kontakte gegeneinander auszuspielen.

Das zweite Beispiel betrifft die Wirtschaftsakteure, die selbst in die Rolle politischer Akteure schlüpfen und sich dadurch eine höhere Einflussnahme und Stärkung ihrer Macht erhoffen. Nach Burt handelt es sich dabei um einen Netzwerktransfer. Durch die Verlagerung des Netzwerkes in einen neuen Kontext, der unter Umständen mit Kosten verbunden ist, werden neue Möglichkeiten geschaffen. Tatsächlich ist der Einzug ins Parlament für die Wirtschaftsakteure zum Teil mit sehr hohen Kosten verbunden. Manche gründen hierfür extra eine Partei. Aber der Träger eines Mandates hat über die Immunität hinaus zahlreiche neue Möglichkeiten sein Netzwerk zu erweitern.

⁶⁹ Burt 1992, S.18–20.

Entsprechende Netzwerkveränderungen wurden seit 1998 herbeigeführt, als sich bei den Parlamentswahlen erstmals im großen Stil die Oligarchenparteien am Wettstreit um die Parlamentssitze beteiligten. Dadurch, daß einflussreiche Wirtschaftsakteure die Legislative unterwanderten, kam es zu ganz neuen Netzwerkmöglichkeiten.

Zusammenfassung

Die Symbiose von Politik und Wirtschaft ist zu einem festen Element des ukrainischen Systems geworden. Oligarchen und andere Wirtschaftsgruppen haben ihre Positionen seit langem gefestigt und versuchen immer mehr, auch die Politik unter ihre Kontrolle zu bekommen. Dem Oligarchen Wiktor Medwedtschuk könnte das von seiner Position an der Spitze der Präsidentschaftsadministration als erstem gelingen. Schon rätselt man, ob er der Nachfolger Kutschmas werden könnte und damit die ultimative Verquickung von Politik und Wirtschaft in der Person des Oligarchen-Präsidenten vollziehen würde.

Ebenfalls in diesem Kontext der Politisierung von Wirtschaftseliten steht die Frage, wie die Oligarchenparteien mit ihrer frisch manifestierten Macht im Parlament umgehen werden. Ob ihre bisher wacklige Mehrheit an Stabilität gewinnt, oder ob sie den Rivalitäten konkurrierender Machtinteressen zum Opfer fallen wird? Interessant ist die Mehrheitsfrage vor allem im Hinblick auf das Verfassungsreferendum, das mit überragender Mehrheit im Frühjahr 2000 von der Bevölkerung angenommen wurde. Kutschma könnte seinen Einfluß auf das Parlament nutzen, um als letzte Tat, bevor seine Amtszeit verfassungsgemäß 2004 endet, dem Land noch eine Verfassungsänderung zu bescheren und sich mit der verfassungsrechtlichen Implementierung eines autoritären Regimes nachhaltig zu verabschieden. Die Möglichkeit, daß er seine Macht nutzt, um das Amt des Präsidenten zugunsten des Parlamentes zu beschneiden, wie er es am Tag der Unabhängigkeit medienwirksam angekündigt hat, scheint eher unrealistisch.

Die Oligarchen können sich in ihren Parlamentssitzen vorerst entspannt zurücklehnen. An ihrem Stuhl wird so schnell niemand sägen. Zu dicht ist das informelle Netzwerk schon gestrickt, als daß sich Politik und Wirtschaft auf ein gesundes Maß wieder trennen ließen. Bis eine starke Zivilgesellschaft herangewachsen ist, die von unten das System zum Einstürzen bringt, ist es noch ein langer Weg.

Literatur

- Burt, Ronald S.: Structural holes. The social structure of competition, Cambridge/MA 1992.
- Chto e Chto 2001, Kyiv 2001.
- D'Anieri / Kravchuk / Kuzio: Politics and Society in Ukraine, Westview Press 1999.
- Durkot, Juri: Wem gehört die Ukraine, in: Wostok 1-2002.
- Kuzio, Taras: Ukraine under Kuchma, Political Reform, Economic Transformation and Security Policy in Independent Ukraine, St. Martin's Press, New York, 1997.
- Lapychak, Chrystyna: Back on track, in: Transition 3-1995.
- Lewschin, Alexander: Der ukrainische Energiemarkt – über die Gasprinzessin und andere Akteure, in: Wostok 3-2000.
- Lindner, Rainer: Innen und außenpolitische Bedingungen des Systemswechsels in Ukraine und Belarus, in: Außenpolitik 4-1995.
- OCC Osteuropa Consulting Center (Hg.): Die Entwicklung der Unternehmensstrukturen im Transformationsprozeß der Ukraine im Vergleich mit Russland, Berlin Verlag, 1999.
- Ott, A.: Die politischen Parteien in der Ukraine vor den Parlamentswahlen, Berichte des BIOst 45-1997.
- Ott, Alexander: Parteien und Machtstrukturen in der Ukraine, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1999.
- Ott, A.: Die politischen Parteien in der Ukraine: Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Parlaments, Berichte des BIOst 10-2000a.
- Ott, A.: Die Ukraine auf dem Weg zu einem autoritären Präsidialherrschaft?, Berichte des BIOst 17-2000b.
- Ott, A.: Präsident, Parlament, Regierung, in: Simon, G. (Hg.): Die neue Ukraine, Böhlau, Köln 2002.
- Pleines, H.: Verschleppte Wirtschaftsreformen und ihre Folgen: Fallbeispiel Energiesektor, in: Simon, G. (Hg.): Die neue Ukraine, Böhlau, Köln 2002.
- Simon, G. (Hg.): Die neue Ukraine, Böhlau, Köln 2002.
- Ukrainian Center for Independent Political Research (UCIPR) (Hg): All the President's Men, Kyiv 1996.
- Ukrainian Center for Independent Political Research (UCIPR), The Dnepropetrowsk Family, Kyiv, 1997.
- Varfolomeyev, Oleg: Rival Clans mix Business, Politics, and Murder, in: Transition 4.4.1997.
- Walecki, Marcin: Political Finance in Central Eastern Europe, in: EuopeXXI u.a. (Hg.): Realities of Political Finance in Ukraine – Roundtable, Kyiv, 29.4.2002.
- Wittkowsky, A.: Fünf Jahre ohne Plan: Die Ukraine 1991–1996, LIT Verlag, Hamburg, 1998.
- Wittkowsky, A.: The Ukrainian Disease: Rent seeking, the Dept Economy, and Chances to Harden Budget Constraints, GDI, Berlin 2000
- Außerdem: Den; Eastern Economist; FAZ; Financial Times; Ukrainska Pravda; UCIPR Research Report; RFE/RL Poland, Belarus, Ukraine Report – jeweils verschiedene Ausgaben.

„Einheit, Eintracht und Wiedergeburt“¹ Zur Rolle und Relevanz des „Donecker Clans“

Einleitung

Die Rolle der Oligarchen im politischen und ökonomischen Transformationsprozeß der Rußländischen Föderation wurde häufig analysiert (Hedlund 1999, Schroder 1999). In diesem Zusammenhang wurde in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auch der Begriff der „Oligarchen“ geprägt. Er bezog sich auf verschiedene Wirtschaftsakteure, die in der El'cin-Ära zu wirtschaftlicher und politischer Macht gekommen waren und Einfluß auf zentrale politische Entscheidungen nahmen.

Im Gegensatz dazu fand die Entwicklung der ukrainischen „Oligarchie“ seit der staatlichen Unabhängigkeit 1991 weitaus weniger systematische Beachtung. Bei Darstellungen der Machtelite handelt es sich vorwiegend um Medienberichte, deren Herkunft und Zielrichtung nicht immer offensichtlich ist. Der Begriff „Oligarch“ wird in der inner-ukrainischen Diskussion insgesamt seltener gebraucht. Wenn er verwendet wird, dann sind damit vor allem einflußreiche Personen in Kiew gemeint, die sich im Umfeld des Präsidenten bewegen. Meist wird von „Gruppierungen“ (*gruppировки*) gesprochen, manchmal von „Clans“, wobei hier auch das Stichwort „politischer Tribalismus“ (Pihovšek 2001) fällt. Ähnlich wie in Rußland spricht man in der Ukraine von der „Partei der Macht“, einer spezifischen informellen Machtstruktur. Die „Partei der Macht“ hat Zugang zum Entscheidungszentrum des Systems, vor allem zum Präsidenten und seiner Umgebung. Sie ist als ein Netzwerk von Akteuren – der *Komanda* – organisiert, welches quer zu jeder Art formaler institutioneller Differenzierung liegt und diese dadurch aufhebt.

Betrachtet man einflußreiche Gruppen oder Einzelpersonen in der Ukraine, so fallen durchaus strukturelle Ähnlichkeiten zu den russischen Oligarchen auf. Jedoch besteht ein großer Unterschied: Während russische Oligarchen in der Regel ihren Einfluß aus der Kontrolle über Rohstoffe ziehen, sind die meisten ukrainischen Oligarchen Händler, die auf die Zulieferung von – meist russischen – Rohstoffen angewiesen sind. Der Gashändler Igor Bakai äußerte 1998, daß die reichsten Leute der Ukraine ihr Vermögen durch den Handel mit russischem Gas gemacht hatten (Bondarenko 2002). Konflikte zwischen ukrainischen Oligarchen haben sich immer um die Aufteilung des Energiemarktes gedreht. Heute sind die Oligarchen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen aktiv, immer jedoch gehören Finanzinstitutionen, Betriebe des Energiesektors und Medien zu ihrem Machtbereich.

Die ukrainischen „Oligarchen“ lassen sich nach ihrer Herkunft unterscheiden. Einige sind ehemalige Komsomol-Aktivisten, andere Akademiker und dritte schließlich sind frühere Manager von Warenlagern oder unbedeutende Parteifunktionäre (Bondarenko 2002). Dagegen findet sich unter ihnen heute fast niemand, der zur sowjetischen *Nomenklatura* gehört hätte.

Die „Hierarchie“ der Oligarchen ist ein Resultat ihrer jeweiligen Loyalität und Verbundenheit zu höheren Patronen. In diesem Sinne werden Oligarchen vom politischen Entscheidungszentrum „ernannt“ (Turchinov 2000). So ist die relative Bedeutung der einzelnen Oligarchen ständigen Veränderungen unterworfen (Bondarenko 2002). In der Regel hängt die Gunst des Präsidenten von der Nützlichkeit einzelner Oligarchen für ihn ab. Im Sinne seines eigenen Machter-

¹ „Für Einheit, Eintracht und Wiedergeburt“ (*Za Edinstvo, Soglasie i Vozroždenie*) ist der Name eines politischen Bündnisses, das 1998 durch die Donecker Regionalverwaltung gegründet wurde und als (erzwungenes) Sammelbeken für alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kollektivakteure dient.

halts betreibt Kučma eine Balance-Politik. Durch gezielte Personalpolitik spielt er die Oligarchen gegeneinander aus und läßt keine Gruppe zu einflußreich werden (Miseljuk 2002). Die Macht gründet sich meist auf Privilegien sowie Lizenzen für den Handel mit strategisch wichtigen Gütern wie Energie. Diese Privilegien können den Oligarchen jederzeit wieder entzogen werden.

In der Ukraine existieren zudem regionale Machtgruppen, die meist als „Clans“ bezeichnet werden. Die bekanntesten sind die Clans aus Dnipropetrovsk und aus Doneck. Die Bedeutung und Rolle der letztgenannten Gruppe, des sogenannten „Donecker Clans“, ist Gegenstand des vorliegenden Beitrages.

Im folgenden ersten Teil gebe ich einen groben Überblick über geschichtliche sowie wirtschafts- und sozialstrukturelle Charakteristika der Region Doneck. Anschließend skizziere ich die Entwicklung der Donecker Machtelite seit der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine, wobei ich sowohl das Verhältnis der Region zum machtpolitischen Zentrum in Kiew beschreibe als auch die internen Machtverschiebungen. Im Hauptteil des Beitrages konzentriere ich mich auf die gegenwärtige Akteurskonstellation und lege die Betonung auf die symbiotischen Beziehungen politischer und ökonomischer Kern-Akteure, welche die Region beherrschen. Danach analysiere ich die politisch-ökonomischen Strategien der wichtigsten Akteure. Ziel ist es, deren Machtbasis und Handlungslogik zu verdeutlichen. Schließlich gebe ich einen Ausblick auf mögliche zukünftige Entwicklungen.

Der Beitrag ist ein Ergebnis mehrerer Feldforschungsaufenthalte in Doneck in den Jahren 1999 und 2000, welche im Rahmen des von Prof. Melanie Tatur (Institut für internationale Beziehungen und vergleichende Politikwissenschaften, J.W. Goethe-Universität Frankfurt/M.) geleiteten und von der Volkswagen-Stiftung finanzierten Forschungsprojektes „Lokale und regionale Akteure in der regionalen Entwicklungspolitik in Polen, Rumänien, der Ukraine und Ungarn“ stattfand. Qualitative Interviews mit lokalen Entscheidungsträgern, Wirtschaftsakteuren und Vertretern von Interessensgruppen sowie Zeitungsartikel und analytische Beiträge aus und über die Region geben Aufschluß über Ressourcen und Kräfteverhältnisse der regionalen Machtelite sowie über deren Strategien.

Die Region Doneck in Stichworten

Die Region Doneck befindet sich im Südosten der Ukraine und grenzt an Rußland und an das Asov'sche Meer. Die Region ist Teil des Donbass, des „Donecker Kohlebeckens“, welches historisch weite Gebiete der südöstlichen Ukraine und Teile des Gebietes Rostov in der heutigen Rußländischen Föderation umfaßt (Lyakh 1999).

Die Geschichte der Region ist durch Industrialisierung von oben, kontinuierliche Zuwanderung sowie die Dominanz unternehmerischer und staatlicher Akteure geprägt, deren Korrelat die Schwäche gesellschaftlicher Organisationen ist. Die Stadt Doneck wurde im 19. Jahrhundert unter russischer Herrschaft gegründet und entwickelte sich zu einem bedeutenden Industriezentrum. Die anhaltende Zuwanderung in zaristischer und sowjetischer Zeit führte zu sprachlicher und kultureller Russifizierung. Beständiges ökonomisches Wachstum sowie wiederholte gewaltsame Zerstörungen prägen die historische Erfahrung.

Mehrere Jahrzehnte diente die Region als das industrielle Zentrum der Sowjetunion und wurde als Schaufenster des Sozialismus propagiert. Sie war eng eingebunden in die innersowjetische Arbeitsteilung, gab aber allmählich ihre Führungsrolle an die Kohleabbaugebiete Sibiriens ab. Wirtschaftlicher Niedergang setzte bereits in den 1970er Jahren ein, drang aber erst während der Perestroika-Phase ins öffentliche Bewußtsein. Spontane und extensive Bergarbeiterstreiks fanden 1989 statt. Das Gefühl, in der Sowjetunion wirtschaftlich und sozial benachteiligt zu sein, stärkte die Unterstützung für die nationale Unabhängigkeit der Ukraine.

Heute ist Doneck eine alte Industrieregion (Grabher 1993), deren Unternehmen in den Bereichen Bergbau, Metall- und Stahlproduktion, Maschinenbau und Chemie tätig sind. Der Anteil der Region am ukrainischen BIP liegt bei etwa 20 Prozent. Die Region ist Spitzenreiter bei industrieller Produktion, wobei die Stahlproduktion mehr als 50 Prozent ausmacht (Institute of Reforms 2000), und Kohle und Stromproduktion einen Anteil von 15 bzw. 11 Prozent haben (Donec'ka Oblasna Rada/Donec'ka Oblasna Deržavna Administracija 1999: 110). Die Region erwirtschaftet etwa ein Drittel der ukrainischen Exporteinnahmen, von welchen die Stahlindustrie den größten Teil einbringt. Großunternehmen dominieren die regionale Produktion und Beschäftigung. Seit 1991 ist der Anteil der Schwerindustrie an der regionalen Wirtschaftstätigkeit kontinuierlich gestiegen, wobei die metallverarbeitende Industrie auch hier führend ist (UEPLAC 2002). Auf diese Weise verstärkt sich das strukturelle Ungleichgewicht der regionalen Wirtschaft zunehmend. Zugleich arbeiten zahlreiche Unternehmen nicht profitabel und sind von staatlichen Subventionen abhängig. Die industrielle Produktion ist von Energieimporten, vor allem Gas und Öl, abhängig.

Die Region Doneck zählt 4,8 Millionen Einwohner und gilt als die am stärksten urbanisierte Region der Ukraine. Die wichtigsten Städte sind Doneck, die Hafen- und Industriestadt Mariupol sowie Kramatorsk und Gorlovka, welche jeweils von bedeutenden Großbetrieben dominiert werden.

Die staatliche Investitionstätigkeit ist buchstäblich zusammengebrochen. Aufgrund ungünstiger und instabiler Rahmenbedingungen ist der Umfang privater Investitionen gering und die Kapitalflucht ist beträchtlich, so daß der Kapitalstock der meisten Unternehmen veraltet ist. Im Energiesektor sind mehr als 50 Prozent des Kapitalstocks erschöpft, in der Metallproduktion gar 60 Prozent (Tret'jakov 1999: 4).

Zur Intensivierung der Investitionstätigkeit wurden 1998 zwei Sonderwirtschaftszonen in den Städten Doneck und Mariupol eingerichtet sowie zahlreiche Gebiete, die vorrangig entwickelt werden sollen (Free Economic Zones 2001, Tübben 1999). Von 1995 bis 2000 wurden 1,29 Milliarden Grivna (etwa 300 Millionen Dollar) investiert, wobei inländische Investitionen etwa 90 Prozent ausmachten (Lyakh 2001). Die meisten Investitionen flossen in den Industriesektor (78,4 Prozent), und auch hier erhielt die Metall- und Stahlproduktion den größten Anteil. Neben dem exportorientierten Stahlsektor hat in den letzten Jahren vor allem die lebensmittelverarbeitende Industrie, die stärker auf den Binnenmarkt ausgerichtet ist, für Investoren an Attraktivität gewonnen. Dies erklärt sich einerseits durch die sich seit 1999/2000 stabilisierende wirtschaftliche Lage und die damit verbundene Zunahme von Einkommen und Kaufkraft der Bevölkerung, sowie andererseits durch die Abwertung der ukrainischen Währung.

Insgesamt bleibt die Region für ausländische Investoren unattraktiv. Viele der augenscheinlichen Auslandsinvestitionen verdienen diese Bezeichnung nicht, da sie tatsächlich gewaschenes Geld darstellen, welches aus Offshore-Gebieten in die Ukraine zurückfließt. Es handelt sich um das Geld regionaler Akteure, die es nun unter vorteilhaften und bevorzugten Bedingungen, zum Teil in den Sonderwirtschaftszonen, investieren.

Die politischen Einstellungen der regionalen Bevölkerung waren seit der Unabhängigkeit meist pro-kommunistisch. Jedoch hat sich das Wahlverhalten in der letzten Zeit zugunsten einer regionalen „Partei der Macht“ verändert. Die Bevölkerung ist sozial schwach integriert und wird – zusammen mit den wenigen bestehenden gesellschaftlichen Organisationen – weitgehend von der Machtelite manipuliert.

Virtuelle Politiker und „die wahren Herren der Region“

Die Region Doneck wird heute von einem weitgehend geschlossenen Kreis mächtiger Akteure kontrolliert, der die formale Trennung von politischer und ökonomischer Sphäre aufhebt. Die Wurzeln dieser Netzwerke liegen zum Teil in Beziehungen aus sowjetischer Zeit. Die Verände-

rungen – und zugleich auch die relative Kontinuität – werden durch die beruflichen Biographien einzelner Akteure sowie durch das folgende Zitat illustriert:

„Diese alte Elite wird noch lange Zeit bestehen. ... Die Elite, besonders die Donecker, ist nicht nur eine Abstraktion. ... [Sie] ist ... ein Kreis von Leuten, die einander gut kennen. Sie kennen einander nicht aufgrund von Visitenkarten, sie kennen sich und sie arbeiten zusammen. Sie sind wie Bergsteiger, sie gehen in einer Gruppe: wenn einer den Gipfel erreicht, werden die anderen ihm nachfolgen. Und schon sind sie wieder da. Sie verlieren einander nicht, sie haben persönliche Beziehungen. Sogar wenn sich heute ihre Wege trennen: einer bleibt im Aufsichtsrat, andere in der Administration und wieder andere im Parlament, nichtsdestoweniger bleiben sie immer noch vereint.“²

Die heutige Akteurskonstellation in Doneck hat einen breiten historischen Hintergrund, den ich hier kurz nachzeichnen möchte.³ Die regionale Geschichte im ersten Jahrzehnt seit der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine läßt sich in verschiedene Phasen einteilen. Die gewählte Periodisierung illustriert den Wandel der relevanten Akteurstypen und Kooperationsmuster zwischen der Region und dem nationalen Zentrum in Kiew. Das Verhältnis zwischen Doneck und Kiew hat verschiedene Intensitätsgrade erlebt und war zumindest teilweise durch Kämpfe verschiedener regionaler Clans um Einfluß in den politischen Entscheidungszentren in Kiew bestimmt. Während der verschiedenen Phasen wurden politische und ökonomische Macht in der Region transformiert, was die Position der regionalen Elite in Kiew beeinflusste. Eine zusätzliche Dynamik bewirkte der Privatisierungsprozeß, in dessen Verlauf die Filetstücke der regionalen Wirtschaft in den Händen mächtiger und aggressiver neuer Akteure konzentriert wurden.⁴

Die Ära Zvjagil'ski (1992–1994)

Die erste nach-Unabhängigkeits-Generation der Donecker Machtelite, eine Art Proto-Oligarchie, gründete ihren Einfluß noch fast ausschließlich auf die Kontrolle des Kohlesektors und damit verbundene Einflußmöglichkeiten (Bondarenko 2001a). Der Bergwerksdirektor Jefim Zvjagil'ski⁵, ein wichtiges Mitglied der regionalen Machtstruktur sowjetischer Prägung wurde Abgeordneter im neuen ukrainischen Parlament und 1992 Bürgermeister von Doneck. Er zählt zu den Roten Direktoren und wurde bei seiner Wahl von der lokalen Gewerkschaftsbewegung unterstützt.

Zu dieser Zeit wurden die Hoffnungen, welche die ostukrainische Bevölkerung an die nationale Unabhängigkeit der Ukraine geknüpft hatte, in doppelter Weise zerschlagen. Erstens stellte sich der erwartete Wohlstandsgewinn nicht ein, und zweitens empfand die meist russischsprachige Bevölkerung die öffentlich dominierende Ukrainisierungspolitik als eine Bedrohung. Die regionale Elite nutzte diese Unzufriedenheit und instrumentalisierte die Bergarbeiter, die gegen die Reformvorstöße des Zentrums protestierten (Gaciarz/Pankow 1998, Wittkowsky 1998: 106, 109). Im Sommer 1993 streikten die Bergarbeiter und erhoben politische Forderungen: regionale Autonomie für das Donbass, Rücktritt des Präsidenten und der Regierung sowie vorgezogene Neuwahlen. Tatsächlich wurden für 1994 Neuwahlen angesetzt. Zugleich wurde die Donecker Elite immer einflußreicher und Einzelpersonen übernahmen politische Ämter in Kiew. Zur Zähmung des „wilden Ostens“ wurde in Kiew eine „Donbass“-Regierung gebildet: Jefim Zvjagil'ski wurde Premierminister und Valentin Landik, ein weiterer Donecker Roter Direktor, sein

² Interview mit einem Professor für Philosophie, Doneck 1999.

³ Der Donecker Clan bestand genau genommen bereits zu sowjetischen Zeiten. Er entstand in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg unter Führung des Volkskommissars für den Kohlebergbau Zasad'ko (Bondarenko 2001).

⁴ Aufgrund eines Mangels an Daten und Transparenz kann dieser Prozeß jedoch kaum rekonstruiert werden. Die Roten Direktoren und Teile der Nomenklatura eigneten sich ebenfalls einzelne Betriebe an, ihre Teilhabe an der regionalen Wirtschaft ist jedoch begrenzt.

⁵ Jefim Zvjagil'ski, Jahrgang 1933, ist seit 1979 Direktor des Zasad'ko-Bergwerkes in Doneck.

Stellvertreter (Crowley 1997: 187). Bereits 1994 wurden sie entlassen und Zvjagil'ski wurde der Korruption beschuldigt.⁶

Die Zeit der Ščerban (1994–1996)

Der wachsende Einfluß der Donecker Elite in der ersten Hälfte der 1990er Jahre ist untrennbar mit dem Aufstieg neuer Akteure sowie dem Namen Ščerban verbunden. Vladimir Ščerban gehörte nicht direkt zur sowjetischen Nomenklatura, sondern vertrat neue kommerzielle Strukturen, die vor allem im Groß- und Einzelhandel tätig waren. Unter den Bedingungen der Mangelwirtschaft am Ende der sowjetischen Phase und (teilweise) in den ersten Jahren der Unabhängigkeit, verdienten er und andere ein Vermögen durch den Handel mit knappen Gütern und erhöhten ihren sozialen Status (Kovaleva 2001). Im Juni 1994 wurde Vladimir Ščerban zum Vorsitzenden des Regionalparlaments gewählt, später wurde er Gouverneur, und er brachte eine neue Generation aufstrebender Politiker und Unternehmer mit in wichtige Positionen. Ein Großteil der Macht ging also von den Roten Direktoren auf eine Gruppe von Händlern über. Jevgenij Ščerban, der mit Vladimir nicht verwandt ist, wohl aber in enger Verbindung mit ihm stand, war Präsident einer Firma, die mit Treibstoffen, Metall und Lebensmitteln handelte. Er war zugleich Abgeordneter im nationalen Parlament. Jevgenij Ščerban zählte zu den reichsten Geschäftsleuten der Region, wenn nicht der gesamten Ukraine.

Angeblich strebten beide Ščerban durch ihre Geschäftstätigkeit danach, die „Metallbarone“ der Region zu schwächen. Durch ihre aktive Rolle im Energiehandel brachten sie zahlungsunfähige metallverarbeitende Unternehmen, die ihre Energierechnungen nicht bezahlen konnten, unter ihre Kontrolle. Damit begannen private Unternehmen, damals de iure noch staatliche Betriebe zu kontrollieren. Einige Beobachter gehen davon aus, daß dies die regionale Elite spaltete und schwächte, da sich die Direktoren der metallverarbeitenden Betriebe und deren politische Verbündete gegen die Händler um die Ščerban wandten. Überdies war das nationale Zentrum solange uninteressiert, wie die Ščerban sich mit „normalem“ Handel beschäftigten. Als sie jedoch in den strategisch wichtigen und gewinnbringenden Energiesektor eindringen, wurde man in Kiew unruhig. Außerdem kamen Gerüchte darüber auf, daß Vladimir Ščerban anstrebte, der nächste ukrainische Präsident zu werden.

Diese Jahre zeichneten sich sowohl durch erbitterte Kämpfe zwischen rivalisierenden Donecker Gruppen als auch durch gewalttätig ausgetragene Konflikte zwischen verschiedenen regionalen Gruppen aus, die zu mehreren Auftragsmorden führten. Einer der Morde, die am meisten Aufsehen erregten, war derjenige von „Alik Greka“, d.h. von Ahat (Alexandr) Bragin, Direktor der Firma „Lux“ und seit 1995 Präsident des Fußballclubs Šahter Donetsk. Bragin galt als eine der „kriminellen Autoritäten“ der Stadt und fiel 1995 im Fußballstadion einem Bombenattentat zum Opfer. Die angeblichen Mörder wurden erst 2001 gefunden. Die damaligen Ereignisse zeigten die Rolle ehemaliger Untergrund-Gruppen in der legalen Wirtschaft (Kovaleva 2001).

Seit 1994, dem Zeitpunkt der Wahl Leonid Kučmas zum Präsidenten, begann der Einfluß der Donecker Elite auf zentraler Ebene zu schwinden. Ihre Vertreter wurden langsam aus wichtigen Ämtern in Kiew gedrängt und machten der regionalen Elite aus Dnipropetrovsk, der Heimatregion Kučmas, Platz (Lyakh 1999: 153–154). Ende 1996 entließ Kučma, offenbar unter Druck des damaligen Premierministers Pavlo Lazarenko, Gouverneur Vladimir Ščerban aufgrund von Inkompetenz, der Veruntreuung von Staatsgeldern sowie der Anzettelung erneuter Bergarbeiterstreiks mit dem Ziel, größere regionale Autonomie zu erlangen. Die Entlassung war weitgehend das Ergebnis der Auseinandersetzung zwischen den Eliten aus Doneck und Dnipropetrovsk, die sich vor allem um die Aufteilung des Gasmarktes in der Ukraine drehte. Außerdem versuchte

⁶ Er verließ die Ukraine und verbrachte einige Zeit in Israel. Jedoch verlor er sein Abgeordnetenmandat im Parlament, in das er 1994 gewählt wurde, nicht. Als die meisten Anklagepunkte gegen ihn fallengelassen wurden, kehrte er 1997 wieder nach Doneck zurück. Heute leitet er weiter das Bergwerk und ist Parlamentsabgeordneter.

die Regierung Lazarenko, den Kohlesektor zu verkleinern und den Donecker Widerstand zu brechen, auch um staatliche Ressourcen für langfristige Investitionen in den eigenen Tätigkeitsfeldern freizusetzen.

Im November 1996 wurde Jevgenij Ščerban erschossen. Die Auftragsmörder entkamen. Seine Erschießung hing vermutlich ebenfalls mit dem Konflikt zwischen den Clans aus Dnipropetrovsk und Doneck zusammen.⁷ Von 1996 bis 1997 war die Donecker Gruppe ausgesprochen schwach und ihre wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten beschränkten sich fast ausschließlich auf die regionale Ebene. Premierminister Lazarenko hatte seinen Vertrauten Jurij Poljakov zum Gouverneur der Region Doneck ernannt. Gleichzeitig gelang es der Dnipropetrovsker Firma „United Energy Systems“, die zu dieser Zeit von Lazarenko kontrolliert wurde, Zugang zu und Kontrolle über einige Großbetriebe im Donbass zu erhalten (Gaevoi 2000).⁸ Die Jahre 1996 und 1997 bedeuteten also einen Verlust von Schlüsselpositionen in Kiew, sowohl formal als auch informell.

Die Ära Janukovič (seit 1997)

Viktor Janukovič wurde 1997 zum Gouverneur ernannt.⁹ Er förderte die Konsolidierung der Donecker Elite und ihren erneuten Aufstieg in einflussreiche Positionen auf der nationalen Ebene. Die ukrainische und russische Presse stellten ein extremes Erstarren des Donecker Clans in den Jahren 2000 bis 2002 fest, das zunächst vorwiegend im Schatten der Kämpfe anderer Gruppen um Einfluß stattgefunden hatte: „Während die Dnipropetrovsker und Kiewer Clans in den letzten Jahren einen inneren Kampf um den Platz an der Sonne austrugen, erledigten die Donecker ruhig „konkrete Dinge“,¹⁰ schöpften Kraft und Ressourcen für die „Einnahme Kiews“ ...“ (Ivženko 2001).

Die erbitterten Konflikte zwischen den Eliten aus Dnipropetrovsk und Donetsk verleiteten dazu, von einem „Clan-Krieg“ zu reden.¹¹ Heute scheint sich das Verhältnis der beiden Gruppen zueinander „normalisiert“ zu haben, und es besteht sogar ein formelles Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Regionen, welches auch von Präsident Kučma unterstützt wurde (Donec'kij Informacionno-analičeskij Centr 2000). Die Wirtschaftstätigkeit der Donecker Elite ist von Rohstoffen wie Eisenerz abhängig. Verschiedene Donecker Großbetriebe haben ihr Netzwerk inzwischen erfolgreich in andere Regionen des Landes ausgedehnt, auch nach Dnipropetrovsk, wo sie versuchen, Anteile in Betrieben der Eisenerzproduktion zu erhalten.

Zwischenbilanz

Rekapituliert man die Entwicklung von 1991 bis 1997, so fallen einige generalisierbare Entwicklungstendenzen auf: Bis zur Mitte der 1990er Jahre hatte die regionale Wirtschaft so gut

⁷ In einer recht undurchsichtigen Aktion ermittelte die nationale Polizei die angeblichen Mörder im Jahr 2000 und erklärte, daß es sich um eine Gruppe gehandelt habe, deren Mitglieder meist verstorben waren. Die Polizei behauptete, daß es sich dabei um dieselben Leute handelte, die auch Achat Bragin getötet hatten. Pavlo Lazarenko wurde später angeklagt, die Morde an Ščerban und Bragin in Auftrag gegeben zu haben.

⁸ Faktisch erhielt die Firma „United Energy Systems“ ein Monopol für die Gasverteilung, welches durch die Position Lazarenkos erreicht und – vorübergehend – gesichert wurde.

⁹ Viktor Janukovič wurde 1950 geboren. Von 1996 bis 1997 war er stellvertretender Gouverneur. Über seine Biographie ist wenig bekannt.

¹⁰ Vertreter des bis vor kurzem weitgehend apolitischen Clans wiesen immer wieder darauf hin, sich nicht mit „großer Politik“ zu beschäftigen, sondern statt dessen „konkrete Dinge“ (zum Wohle der Region) zu tun (*delat' konkretnoe delo*), vgl. zum Beispiel die Aussagen Rinat Ahmetovs (Bondarenko 2001b, Pihovšek 2001).

¹¹ Diese Ereignisse erregten auch die internationale Aufmerksamkeit. Vor allem bei der amerikanischen Regierung kam Besorgnis auf über die Stabilität des ukrainischen Staates.

wie keine strukturellen Reformmaßnahmen erlebt. Alle relevanten Betriebe waren noch in staatlicher Hand und die Roten Direktoren spielten eine entscheidende Rolle. Langsam setzte die Kontrolle einzelner Schlüsselbetriebe durch private Energiehandelsfirmen ein.

Die Lage war für die regionalen Machthaber trotz ihrer Stärke im ganzen unsicher. Der bereits sehr schonungslose Verteilungskampf verstärkte sich 1995 und 1996, als die Privatisierung offiziell vorangetrieben wurde. Innerhalb der Region fanden Kämpfe um die Vorherrschaft und den Einfluß auf wichtige Sektoren und strategisch wichtige Einzelbetriebe (zum Teil mit Monopolstellung) statt. Ein ähnlicher Konflikt wurde zwischen verschiedenen (regionalen) Machtgruppen ausgetragen, von Donecker Seite insbesondere mit Dnipropetrowsk. Die Härte dieses Kampfes wird durch die verschiedenen Auftragsmorde deutlich. Dieser Verteilungskampf war begleitet von einer sukzessiven Expansion in verschiedene Wirtschaftssektoren bzw. der vertikalen Diversifikation entlang der gesamten Wertschöpfungskette im schwerindustriellen Sektor.

Überdies war diese Phase durch politische Instabilität gekennzeichnet. Immer wieder kam es zu Eingriffen „von oben“, d.h. durch das politische Zentrum in Kiew, so daß sich die Akteurskonstellationen auf der regionalen Ebene und damit die Zugangsmöglichkeiten zum Machtzentrum wiederholt veränderten. Im Anschluß fand immer wieder ein Anpassungsprozeß in der Region selbst statt.

Seit dem Amtsantritt von Viktor Janukovič 1997 hat der wirtschaftliche und politische Kampf „zivilisiertere“ Formen angenommen. Die Zahl der Gewaltverbrechen ging zurück, die Strategien haben sich verändert und die Akteure haben sich, wie im folgenden deutlich wird, neue Arenen der Machtsicherung geschaffen.

Die aktuelle politische Fassade

Für den flüchtigen Beobachter besteht der Kern von Akteuren in der Region Doneck aus politisch-administrativen Entscheidungsträgern auf regionaler und lokaler Ebene. Die wahren Machthaber, die im nächsten Abschnitt analysiert werden, sind jedoch hinter dieser Fassade verborgen.

Die heutigen relevanten politischen Akteure der Region gehören naturgemäß zur Partei der Macht, sie unterhalten enge Verbindungen untereinander und zum „politischen Olymp“ in Kiew. Auf der regionalen Ebene ist der Gouverneur die zentrale Figur. Viktor Janukovič gilt als einer der einflußreichsten Gouverneure des Landes und ist zugleich sehr loyal dem Präsidenten gegenüber. Der Gouverneur wird vom Premierminister eingesetzt und kann vom Präsidenten entlassen werden. Damit ist die politische Führung auf der regionalen Ebene extrem vom Präsidenten abhängig. Zugleich fungieren die Gouverneure als regionale Statthalter des Präsidenten. In der Region Doneck wird dies besonders deutlich.

Die Stadt Doneck wurde von 1994 bis 2002 von Vladimir Rybak regiert. Er ist – neben seiner Tätigkeit als Bürgermeister einer Millionenstadt – seit 1994 Abgeordneter im nationalen Parlament. Auch Rybak zählt zur Partei der Macht, eine Tatsache, die es ihm erlaubt, sein Amt als Bürgermeister, Patron und paternalistischer Stadtvater auszuüben. Tatsächlich bedingen seine Rolle und Handlungsmöglichkeiten als früheres Nomenklatura-Mitglied und heutiger Teilhaber am lokalen und regionalen Machtnetzwerk seinen Wahlerfolg und allgemeine Anerkennung auf der lokalen Ebene. In dieser Hinsicht verschiebt er Macht zwischen verschiedenen politischen Sphären und verbindet formalen und informellen Einfluß.

Im ukrainischen administrativen System sind die gewählten Organe auf lokaler und regionaler Ebene relativ schwach und mit wenigen Kompetenzen ausgestattet. De facto ist der Regionalrat in Doneck kaum mehr als ein Anhängsel der regionalen Verwaltung, die dem Gouverneur untersteht. Von 1998 bis 2002 waren 60 Prozent der Abgeordneten parteilos und 28 Prozent gehörten der Kommunistischen Partei an. Die Wahlen im März 2002 haben die Zusammensetzung und Qualität des Regionalparlaments geändert, nur jeder dritte Abgeordnete wurde wiedergewählt.

Der Wahlblock „Für eine geeinte Ukraine“ konnte die große Mehrheit der Sitze erlangen, wobei ihr Hauptbestandteil und die neue regionale Partei der Macht, die „Partei der Regionen“ 105 der 180 Abgeordneten stellt. Alle Ausschußvorsitzenden gehören der „Partei der Regionen“ an. Damit entwickelte sich das bereits sehr schwache Regionalparlament gänzlich in ein Werkzeug in den Händen der regionalen Machtelite. Eine ähnliche Entwicklung läßt sich auf der kommunalen Ebene beobachten. Der Stadtrat in Doneck umfaßt 75 Abgeordnete, von denen 1998 mehr als die Hälfte parteilos war, etwa ein Drittel waren Mitglieder der Kommunistischen Partei (Doneckij Gorodskoj Sovet 1999). Bürgermeister Vladimir Rybak genoß somit keine organisierte politische Unterstützung des Rates. Statt dessen zog er seine Macht aus seinen Verbindungen zum regionalen und nationalen Zentrum. Seit März 2002 gehören 60 der nunmehr 70 Abgeordneten des Stadtrats dem Wahlblock „Für eine geeinte Ukraine“ an, so daß der neue Bürgermeister von Doneck, Alexander Luk'jančenko, der ebenfalls der Partei der Regionen angehört und Teil des regionalen Machtzirkels ist, ein gefügiges Stadtparlament neben sich weiß.

Individuelle und kollektive Wirtschaftsakteure in Doneck

Die zuvor beschriebenen – vordergründig – politischen Akteure sind eng verbunden mit den regionalen Wirtschaftsakteuren. Im Grunde ist die Grenze zwischen politischer und ökonomischer Sphäre verwischt. De facto bestimmen die Wirtschaftsakteure in hohem Maße über die Entwicklung der Region, wobei ihre Einflußnahme weitgehend informell ist und damit unsichtbar bleibt.

Die wichtigen kollektiven Wirtschaftsakteure sind finanzindustrielle Gruppen (FIG).¹² Dabei zeichnen sich die Eigentumsverhältnisse in der Regel durch mangelnde Transparenz aus. Das gilt sowohl für gemeinsames Eigentum verschiedener privater Firmen als auch für Firmen, die eine Mischung aus staatlichem und privatem Eigentum sind. Die Eigentümer (oder informellen Bosse) der Firmen unterhalten in der Regel persönliche Beziehungen zu politischen Patronen auf der lokalen, regionalen und nationalen Ebene, welche ihre Ziele vertreten. Weiterhin haben einige der Wirtschaftsakteure direkten Zugang zum Kiewer Machtzentrum, zum Beispiel als Parlamentsabgeordnete oder als hochrangige Mitarbeiter in Ministerien oder anderen staatlichen Einrichtungen.

Die Wirtschaftsbarone

Dieser Abschnitt konzentriert sich zunächst auf einzelne Akteure, denn personalisierte Netzwerke, die von regionalen Schlüsselfiguren dominiert werden, bilden den Kern der politischen und ökonomischen Allianzen, welche die Region kontrollieren.

In den letzten Jahren ist die Entwicklung der Region durch die „fruchtbare“ Zusammenarbeit zwischen Gouverneur Janukovič und dem Unternehmer Rinat Ahmetov bestimmt worden, dessen wichtigstes formelles Amt die Präsidentschaft des Fußballvereins Šahter Doneck ist.¹³ Ahmetov wurde 1966 geboren und gehört zur tatarischen Minderheit. Oft wird er als *hozjain*, gelegentlich als Direktor der Region Doneck betitelt, obwohl er kein politisches Amt innehat. In Interviews gibt Ahmetov prinzipiell nicht zu erkennen, in welchen Unternehmen er tatsächlich involviert ist:

¹² Einige Beobachter gehen davon aus, daß es nur eine finanzindustrielle Gruppe gibt, deren Bestandteile formell unabhängige Strukturen sind (jede mit eigenen Tochtergesellschaften), die jedoch alle durch einen gemeinsamen Anführer sowie gemeinsame Ziele und Strategien verbunden sind (Bogatov 2001). Der ukrainische Staat unternahm Mitte der 1990er Jahre Anstrengungen, finanzindustrielle Gruppen zu gründen. In diesem Fall handelt es sich zwar nicht direkt um staatliche Gründungen, aber die regionale politische Führung wirkte an der Schaffung dieser Firmenkonglomerate mit.

¹³ Fast alle Interviews mit Ahmetov widmen sich Fragen des Fußballs. Politische und/oder strategische Aussagen sind dagegen selten zu finden.

„Das ist ein Geschäftsgeheimnis. Vielleicht erzähle ich es Ihnen in ein paar Jahren ... Aber ich kann Ihnen versichern, daß, wo immer ich Aktionär bin, die Geschäfte eine gute Zukunft haben.“ (Zerkalo Nedeli, 22.01.2000)

Als Ahat Bragin im Jahr 1995 einem Bombenattentat zum Opfer fiel, übernahm Ahmetov dessen Aufgaben, sowohl als Präsident von Šahter Doneck als auch als Direktor der Firma „Lux“. Im gleichen Jahr gründete er Dongorbank (Donecker Stadtbank) und ist heute einer der Anteilseigner. Durch die Firma Lux erwirbt er verschiedene rentable Firmen in Doneck. Außerdem ist er tonangebend in der „Industrial Union of Donbass“, dem größten Gasverteiler der Region, welcher auch im Kohle- und Stahlhandel aktiv ist.

Eine polnische Zeitung (Wprost, 20. Oktober 2002) schätzte Ahmetovs Vermögen auf 1,7 Milliarden Dollar, was ihn zum reichsten Mann der Ukraine macht.¹⁴ Als Hauptsponsor und Präsident des Fußballvereins ließ er ein Internat für talentierte Nachwuchsspieler bauen und das Fußballstadion renovieren. Außerdem unterstützt er offiziell die Partei der Moslems, die auch in Doneck gegründet wurde, und wirkte an der Gründung der Moslemischen Universität mit. Er besitzt Hotels, verschiedene Massenmedien, Internet-Provider sowie die örtliche Brauerei, die in andere regionale Biermärkte zu expandieren versucht. Die meisten Investitionen und Transaktionen werden durch die Donecker Stadtbank getätigt.

Ahmetov benutzt die regionale politische Führung als politische Patrone und zusammen mit anderen Akteuren hat er ein Netzwerk von Firmen installiert, die in den verschiedensten Industriezweigen aktiv sind. Im folgenden beschreibe ich daher die Struktur und Rationalität des Kerns des Wirtschaftsimperiums, welches mit besonderer Unterstützung der regionalen Politiker geschaffen wurde.

Die regionale Ökonomie

Während die ersten einflußreichen Donecker Akteure ihre Macht vor allem auf die Kontrolle des Kohlesektors stützten, so sind die heutigen finanzindustriellen Gruppen (FIGs) stärker sektorübergreifend organisiert, wobei der exportorientierte Stahlsektor das Herz der Konglomerate ausmacht. Eng damit verbunden sind gleichwohl Versuche der vertikalen Integration von Unternehmen, so daß der Einfluß auf die Vorleistungslieferanten aus dem Bereich der Kohleförderung und -aufbereitung sowie der Energieproduktion steigt. Damit versucht man, die Produktionskreisläufe innerhalb der Region vollständig unter Kontrolle zu bringen.

Obwohl der Staat der rechtmäßige Besitzer fast aller Bergwerke¹⁵ ist, hat er die Kontrolle über den Sektor weitgehend verloren. Die finanzindustriellen Gruppen sehen die Kohleindustrie lediglich als eine Möglichkeit der Kostenreduzierung für den lukrativeren, exportorientierten Stahlsektor an. Sie kaufen Kohle zu Spottpreisen von den verlustbringenden Bergwerken, und der Staat subventioniert indirekt den Stahlsektor, indem er für die Verluste aufkommt, die den Bergwerken entstehen (Bogatov 2001). Die FIGs kontrollieren die Bergwerke aber nicht durch Eigentumstitel, sondern durch Investitionen. Die hohen Schulden der Bergwerke und ihre Abhängigkeit von neuer Ausrüstung führen dazu, daß sie leicht von den Investoren kontrolliert werden können. Fortan entscheidet dann der Investor über Verkäufe und Käufe, und er trifft auch Personalentscheidungen. Einerseits führt das zu einer Rationalisierung und Effizienzsteigerung in der Kohleindustrie. Andererseits verlieren die Bergwerke ihre Unabhängigkeit und werden in die Produktionskette „Kohle-Koks-Metall“ eingegliedert (Bogatov 2001), ohne daß die Eigentumsverhältnisse deutlich sind. Dieses Muster beschränkt sich nicht auf die Region Doneck, sondern findet sich auch in den Regionen Lugansk und Dnipropetrovsk.

¹⁴ Als zweitreichster Ukrainer wurde Viktor Pinčuk gelistet, der heutige Hauptvertreter des Dnipropetrovsker Clans. Die Rangliste ist aufgrund des Datenmangels und methodischer Fragen nicht unumstritten. Jedoch sind sich ukrainische Experten einig, daß Ahmetov mit an die Spitze dieser Liste gehört (Kyiv Post, 22. Oktober 2002).

¹⁵ Bislang wurden lediglich zwei von 170 Bergwerken privatisiert, eines wurde verpachtet.

Die regionalen FIGs von Doneck haben außerdem gemeinsam mit der Regionalverwaltung versucht, eine regionale Energiegesellschaft zu gründen (Ivženko 2001). Die Strategie bestand darin, Anteile an den staatlichen Stromproduktions- und –verteilungsunternehmen zu erlangen. Dieser zweite geschlossene Produktionskreislauf soll als ein weiterer billiger Vorleistungslieferant für die energieintensiven Stahlwerke dienen und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Dies gelang, weil im Jahr 2000 Präsident Kučma der Donecker staatlichen Regionalverwaltung erlaubte, die staatlichen Aktienpakete der stromerzeugenden und -verteilenden Unternehmen zu verwalten (Jar 2001). Die Privatisierung des Stromproduzenten und –verteilers Donbassenergo war für das Jahr 2002 geplant. Die regionale Elite wollte das strategisch wichtige Unternehmen jedoch günstiger „erwerben“ und beschritt den weit verbreiteten Weg der Schattenprivatisierung. Da Donbassenergo hohe Schulden hatte, veranlaßte eine – von den regionalen FIGs kontrollierte – Firma das Konkursverfahren.¹⁶ Die lukrativen Teile des Unternehmens, drei Kraftwerke, wurden auf einer Auktion verkauft und landeten weit unter Wert in den Händen der weitgehend unbekanntes Firma TehRemPostavka, die offensichtlich den Donecker finanzindustriellen Gruppen zuzurechnen ist. Der Verkauf der Wärmekraftwerke wurde von der staatlichen Regionalverwaltung unterstützt. Seit Dezember 2001 pachtet Donbassenergo die Wärmekraftwerke von der neuen Firma. Ein Teil des Stromnetzes wird betrieben durch die Firma Service-Invest, die seit Ende 2000 43 Prozent des regionalen Marktes beherrscht und überwiegend an die stahlproduzierenden Unternehmen liefert. Beide Unternehmen gehören der gleichen Gruppe an. Dies bedeutet zugleich die Schaffung eines weitgehend autonomen Energiemarktes, der lediglich von der Zulieferung russischen Gases abhängig ist.

Die Schaltstellen des Imperiums

Das formelle Herzstück des Wirtschaftsimperiums ist die „Industrial Union of Donbass“ (*Industrial'nyj Sojuz Donbassa*)¹⁷, welche 1995 mit dem offiziellen Segen der regionalen Administration gegründet wurde und sich – nach Rückschlägen in den Jahren 1996 und 1997 – zum Hauptgaslieferanten der Region entwickelt hat.¹⁸ Nach eigenen Angaben der Firma (isd.dn.ua) beträgt der jährliche Umsatz 1,7 Milliarden Dollar. Im Jahr 1999 war das Unternehmen auf Platz zwei der umsatzstärksten Privatbetriebe der Ukraine, im Jahr 2001 auf Platz 4 (Investgazeta, versch. Ausgaben).¹⁹ Viele Unternehmen, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Region, gerieten unter die Kontrolle der „Industrial Union of Donbass“ oder deren Tochterfirmen²⁰, vor allem solche im Bereich der Kohleförderung und Stahlindustrie. Unter ihnen finden sich die Stahlgiganten Azovstal', Alčevsker Stahlwerk, das Röhrenwerk Harcyck und andere bedeutende Stahlexporteure (Marunič 2001). Durch die Kontrolle des regionalen Gasmarktes können sie auch solche Unternehmen beeinflussen, die nicht direkt zum „Imperium“ gehören. Das Ziel der Firma läßt sich folgendermaßen formulieren: Das Management verfolgt aktiv die Bildung inte-

¹⁶ Das staatliche Unternehmen *Ukrspesjust*, das dem Justiz-Ministerium untersteht, ist für den Verkauf bankrotter staatlicher Unternehmen zuständig.

¹⁷ Das Management der Industrial Union of Donbass verweigerte ein Interview.

¹⁸ Offiziell wurde die Firma von der Donecker Abteilung der Akademie der Technischen Wissenschaft der Ukraine, der Akademie der Wirtschaftswissenschaften (Doneck), der Donecker Industrie- und Handelskammer, der Planungs- und Baugesellschaft „Azovintex Ltd.“ (Mariupol) und der Aktiengesellschaft „Vizavi“ (Doneck) gegründet. Vizavi ist heute Hauptaktionär der Industrial Union of Donbass und gehört selbst zwei nicht zu identifizierenden Einzelpersonen (Ukraina.ru 2002).

¹⁹ Auf der Liste der größten Steuerzahler war die Firma jedoch nicht unter den ersten 50 zu finden.

²⁰ Zu den Tochterfirmen oder jenen, die über verkreuztes Eigentum mit der Industrial Union of Donbass verbunden sind, zählen unter anderem ARS, Ukrpodšipnik, Gefest, Keramet-Invest, Danko (besitzt eine Mehrheitsbeteiligung am Jenakiewer Stahlwerks), die Versicherungsgesellschaft ASKA, Embrol-Ukraina, sowie einige Offshore-Firmen wie Lemann Commodities (Schweiz). Einige davon sind Investmentgesellschaften, andere Zwischenhändler für Kokerei-Produkte oder Stahl. Außerdem befinden sich noch die lebensmittelverarbeitenden Konzerne Kiev-Konti und Jug sowie die Donecker Brauerei und inzwischen auch ein Hersteller von Krim-Sekt, der dann tatsächlich in der Region Doneck produziert wird, unter ihrer Kontrolle.

grierter Industriestrukturen, indem es grundlegende Projekte im Energiesektor, der Stahlproduktion und der Kohle- und Erzförderung durchführt. In den Worten des Managements: „... [Es] gelang ... dem Unternehmen, einen großen Schritt bei der Erreichung der Hauptabsicht voran zu kommen: die optimale Integration von Industrieunternehmen in der Region Doneck und in der Ukraine.“ (isd.dn.ua)

Die Unternehmensnetzwerke umfassen selbstverständlich auch Finanzinstitutionen. Die wichtigsten sind „Dongorbank“ und „First Ukraine International Bank“. „Dongorbank“ wurde 1995 von Rinat Ahmetov gegründet und ist eine Bank mittlerer Größe, deren Aktivitäten sich bislang vor allem auf die Region Doneck beschränken. Da jedoch die Donecker Unternehmen in andere regionale Märkte und Quasi-Märkte eindringen, expandiert auch die Bank. Das folgende Zitat bestätigt die Rolle der Bank in dem bereits beschriebenen Bereicherungsmechanismus im Stahl und Energiesektor:

„Wir finanzieren Betriebe des Kohlesektors, jedoch ... nicht direkt, sondern unter Garantie von Firmen, welche die Produktion dieser Bergwerke aufkaufen. Denn die Kohleindustrie befindet sich in einer finanziell sehr instabilen Lage und hat unzuverlässige Rückzahlungsmöglichkeiten. Wenn wir sie finanzierten ohne solide Käufer für die Produkte zu haben, würden wir Verluste erleiden.“²¹

Das zweite Beispiel, die „First Ukraine International Bank“, ist eine der wichtigsten Geschäftsbanken der Ukraine. Sie wurde bereits 1991 von Jefim Zvjagil'ski und Alexandr Buljanda, dem Direktor des Mariupoler Stahlwerks Azovstal' gegründet, um die Exportgeschäfte der Donecker Unternehmen abzuwickeln und die eingehenden Devisenerlöse zu verwalten (Ukraina.ru 2002). Die Bank steht in enger Verbindung mit den lokalen und regionalen Geschäfts- und Machtstrukturen, jedoch vor allem zu den „Veteranen“. Der Einfluß neuer Akteure scheint hier – noch – begrenzt zu sein, auch wenn sie indirekt über ihre Beteiligung an Azovstal', das auch heute noch einen Teil der Aktien an der Bank hält, hieran beteiligt sind.

Zum Imperium zählen aber auch Offshore-Firmen, die von regionalen Akteuren gegründet wurden. Typischerweise sind diese Offshore-Firmen Rohstoffhändler, die relativ billig Rohstoffe oder Halbfertigprodukte aufkaufen – damit ukrainische staatliche Vergünstigungen nutzen – und die Produkte zu höheren Preisen auf dem Weltmarkt verkaufen. Damit erreichen die erzielten Gewinne nie das ukrainische Territorium. Ein hervorragendes Beispiel dafür ist das traditionsreiche Donecker Stahlwerk (Doneckij Metallurgičeskij Zavod, DMZ), das heute praktisch zweigeteilt ist. Der Hauptinvestor war anfänglich die Firma MetalsRussia, die auf den Virgin Islands registriert war und deren Geschäftsführer aus Pakistan stammt und in Doneck studiert hatte. MetalsRussia war zunächst eine Stahlhandelsfirma, die eine große Auswahl von Stahlprodukten in der ehemaligen Sowjetunion aufkaufte und nach Südostasien verkaufte. Schließlich wurde MetalsRussia in ISTIL, mit dem Hauptbestandteil ISTIL Ukraine (die nun einen ausgegliederten Teil des Donecker Stahlwerks besitzt), umgewandelt. Die Firma verfolgt eine Strategie der vertikalen Integration, bei der sie in die Stahlproduktion expandierte, um so die Vorleistungen für den Stahlhandel sicherzustellen. Kann man lokalen Gerüchten Glauben schenken, stecken auch hier die regionalen Machteliten dahinter. Der Hauptanteilseigner der zweiten Hälfte des Donecker Stahlwerks ist heute der Konzern Energo, der eng mit der „Industrial Union of Donbass“ verbunden ist (Pirani 2002).

Andere wichtige Betriebe werden von weiterhin politisch einflußreichen Roten Direktoren, wie beispielsweise Zvjagil'ski und Landik, kontrolliert. Bis zu einem gewissen Grad sind Jefim Zvjagil'ski und Vladimir Boiko, Direktor des Stahlgiganten Metkombinat Il'icha in Mariupol, „Konkurrenten“ der neuen Machthaber. Zvjagil'ski ist einflußreich bei der „First Ukraine International Bank“ und Boiko, der gleichfalls Mitglied des nationalen Parlaments ist, hat bisher

²¹ Interview mit dem geschäftsführenden Direktor der Bank, Doneck 2000.

erfolgreich die Übernahme des Stahlwerks²² durch die regionalen Machtgruppen verhindert. Jedoch gehen auch sie partielle Allianzen mit den neuen Akteuren ein, die inzwischen weit mächtiger sind als sie selbst.

Die meisten der erwähnten Betriebe (und einige mehr) sind Sponsoren des Fußballvereins Šahter Doneck, dessen Präsident Rinat Ahmetov ist. In der Ukraine dienen Fußballvereine als hervorragende PR-Instrumente für Leute, die nach politischem Einfluß streben. Šahter Doneck ist eine Aktiengesellschaft und betreibt selbst weitere Unternehmen. Außerdem spielte die Mannschaft in den letzten Jahren immer wieder bei internationalen Wettbewerben wie der Champion's League oder dem UEFA-Cup mit und bringt so ihrem Präsidenten gute Einnahmen. Der Gewinn der ukrainischen Meisterschaft gegen den Erzrivalen Dynamo Kiew kann als ein Symbol für den Wiederaufstieg der Region und ihre Bedeutung in machtpolitischen Kategorien gesehen werden.

„Familienangelegenheiten“ – eine Symbiose von Politik und Wirtschaft

„Die Vertreter der Donecker Gruppe sagen von sich, daß sie alle die Freundschaft verbindet – in einem Wort, daß sie eine große Familie sind.“ (Ukraina Kriminal'naja 2000)

Sein Verhältnis zur politischen Führung der Region beschrieb Ahmetov folgendermaßen:

„Ich begegne ihnen allen mit großem Respekt, und es hat nie Meinungsverschiedenheiten zwischen uns gegeben. ... Für uns sollte die folgende Ansicht grundlegend sein: „Starke Betriebe, starker Staat“ ... Ich bin froh, daß sich hier ein Team (Komanda) gleichgesinnter Unternehmer gebildet hat, für welche die Zukunft der Region nicht nur aus Worten besteht. Sie investieren enorme Summen in Unternehmen des Kohlesektors und der metallverarbeitenden Industrie. Glauben Sie mir, es wird keine schnellen Gewinne geben. Es ist gut möglich, daß diese Leute erst nach vielen Jahren in der Lage sein werden, Dividenden zu erhalten. Aber nochmals: Wenn es solche weitblickenden und umfangreichen Investitionen nicht gäbe, hätte das Donbass keine Zukunft.“

Eine handgesteuerte Wirtschaft

Die Beschreibung der relevanten Akteure und Akteursgruppen hat bereits verdeutlicht, daß sich seit der Erlangung der ukrainischen Unabhängigkeit in der Region Doneck kein funktionierender konkurrenzverfaßter Markt für die wichtigsten Erzeugnisse herausgebildet hat. Statt dessen wird die regionale Ökonomie von vertikal integrierten Unternehmen dominiert, die zum Teil (regional-)staatlicher Kontrolle und/oder ständigen Interventionen seitens der regionalen Verwaltung unterliegen.

Nach Alexandr Menšakovs (2001) metaphorischer Schilderung stützt sich die Oligarchisierung des Staates auf der regionalen Ebene auf die Schaffung von Mini-Sowjetrepubliken. Diese werden gemeinsam von der regionalen Administration und Unternehmern geleitet, die geschickt Steuern hinterziehen, ihre Unternehmen gewinnbringend ausbauen und eine zunehmende Anzahl von Unternehmen unter ihre Kontrolle bringen. Direktoren staatlich kontrollierter Unternehmen erhalten attraktive Angebote, mit bestimmten Firmen zu kooperieren. Nehmen sie diese Angebote an, verbleiben sie auf ihren Posten. Wenn nicht, scheiden sie auf die eine oder andere Art und Weise aus. Menšakov behauptet, daß es irrelevant sei, welche Unternehmen bereits offiziell privatisiert wurden und welche nicht. Die privatisierten werden von nebulösen Anteilseignern (meist durch „ausländische“ Firmen mit bizarren Namen, die in ebenso bizarren Ländern registriert sind) geleitet, und staatliche Unternehmen werden von Direktoren geleitet, die durch die lokalen Clans und die damit verbundenen FIGs ernannt wurden: „Es ist offensichtlich,

²² Das Stahlwerk befindet sich vor allem in den Händen der Belegschaft (Pirani 2002).

daß kein Unternehmen, nachdem es eine solche Art der „Privatisierung“ durchlaufen hat, jemals ernsthaft an Gas- oder Kohleauktionen, oder an irgendeiner anderen Versteigerung oder generellem Marktaustausch teilnehmen wird. Was verkauft oder gekauft wird, wie und für welchen Preis – all das wird von einer Art Gosplan der regionalen Wirtschafts-Politik-Struktur diktiert ...“.

Diese Aussage läßt sich in der Region Doneck durch zahlreiche Beispiele belegen. So ist die Abteilung für Kohleindustrie der staatlichen Regionalverwaltung dafür zuständig, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den kohlefördernden und den kohlenachfragenden Unternehmen zu koordinieren. Die Einzelheiten, die ein Interviewpartner aus der Abteilung berichtete, verdeutlichen die vorherrschende Planungsmentalität. Koordination bedeutet hier die „Anpassung“ von Angebot und Nachfrage auf einem nicht funktionierenden „Markt“, und erinnert stark an *Gosplan*-Muster.

Die Relevanz und ständige Einmischung der regionalen Machthaber in Geschäftsfragen wird durch die Erfahrung von Firmen belegt, die im Kohlesektor arbeiten. Sie sind völlig von guten Beziehungen mit Behörden und sogenannten „kommerziellen Strukturen“ abhängig, die ihrerseits Teil des Kohlesektors sind oder ihn beeinflussen. Ein Vertreter einer ausländischen Firma, die Bergwerksausrüstung liefert, erklärte:

„Man kann auf drei Arten Zugang zum ukrainischen Markt bekommen: 1. durch das Kohleministerium der Ukraine, 2. über die staatliche Verwaltung (der Bürgermeister, der Gouverneur, der Präsident und so weiter), 3. über „kommerzielle Strukturen“. Ausländische Firmen versuchen, über die Wege 1 und 2 Zugang zu erhalten, und einige, die Schlausten, über den dritten Weg. Aber von diesen gibt es nicht viele. Ich denke ..., daß wir ... gleichzeitig durch alle Strukturen gehen müssen. Ich habe sehr gut Verbindungen mit dem Ministerium, die Verwaltung wird mich unterstützen, und mit den kommerziellen Strukturen werden wir einig.“

Auf die Nachfrage, wer diese kommerziellen Strukturen seien, antwortete er ausweichend:

„Kommerzielle Strukturen? Ich werde unsere Partner nicht nennen, ich werde die größten Strukturen der Region Doneck nennen. Es sind die „Industrial Union of Donbass“, „Energo“, die Firmen „ARS“, „Radon“, „Danko“ – das sind die größten Firmen, mit denen wir gerne Beziehungen haben würden und auch haben können.“

Auf die Frage, wie diese Firmen denn den Kohlesektor fördern können, fuhr er fort:

„Sie haben Geld, verstehen sie nicht? Und wir ... werden hier nicht investieren, für uns ist das zu risikoreich. Wenn wir Millionen in der Ukraine verlieren, ... ist das ein beträchtlicher Verlust. ... Wir wollen das Risiko nicht eingehen, und sie haben das Geld. Sie sind ukrainische Staatsbürger, sie investieren zu Hause, und wir werden ihnen helfen. Wir sagen ihnen, wo es notwendig ist zu investieren – in unsere Ausrüstung innerhalb unserer Programme. Aber sie investieren, wenn sie die Unterstützung des Staates haben. ... Es gibt keine privaten Bergwerke, jeder ist abhängig vom Ministerium. ... Nur auf diese Weise, indem man in einer Kombination mit allen diesen Strukturen arbeitet, kann man Erfolg haben.“

Die Regionalverwaltung interveniert nicht nur in die Beziehungen zwischen Firmen, sondern auch in die inneren Angelegenheiten von Unternehmen. Der stellvertretende Direktor einer staatlichen Firma erklärte, wie die Lokal- und Regionalverwaltung über Firmen verfügt und die Loyalität der Direktoren sicherstellt:

„[Wir kooperieren] mit den lokalen Behörden, mit dem Exekutiv-Komitee hier in X-Stadt. Nach dem Gesetz sollten solche Beziehungen auf vertraglicher Basis stattfinden. Aber alte Methoden werden dann angewandt, wenn der Direktor einer staatlichen Firma ernannt wird. Es ist immer noch üblich, daß der Bürgermeister und die staatliche Regionalver-

waltung ihr Einverständnis geben sollten. Und erst danach wird der Direktor seinen Vertrag mit dem Minister abschließen. Wenn diese Person nicht den Anforderungen der örtlichen Verwaltung entspricht, dann werden sie einfach nicht zustimmen. Sie haben solche Druckmittel. Als wir unseren früheren Gouverneur hatten, kam es sogar zu so etwas wie einem „Sozialvertrag“ auf der regionalen Ebene. Dieser bestand zwischen dem Direktor und dem Gouverneur, als es noch Ščerban war. Er sah einen bestimmten Beitrag zur Entwicklung der sozialen Infrastruktur vor, obwohl das nach den Verordnungen illegal war. Aber jeder lebt und baut darauf, was sein wird. Niemand will seinen Job verlieren. Formal sollte alles auf vertraglicher Basis und nach dem Gesetz sein, aber es wird ein wenig anders gemacht.“

Die engen Verbindungen und die gegenseitige Durchdringung zwischen der politischen Führung und der Wirtschaftssphäre werden durch das jüngste Beispiel des strategisch wichtigen Stahlgiganten Azovstal' in Mariupol verdeutlicht. Die Firma wird – direkt und indirekt – durch die Industrial Union of Donbass kontrolliert. Im April 2002, bei der ersten allgemeinen Aktionärsversammlung von Azovstal' wurde der Vorstand komplett ausgetauscht und besteht nun aus Vertretern verschiedener mächtiger Firmen der Region. Außerdem wurde entschieden, das Management zu entlassen. Zugleich ernannte der Vorstand Alexej Belyj zum neuen Generaldirektor,²³ der fortan ohne ein Team von Managern agieren kann. Es ist wichtig zu bemerken, daß Gouverneur Janukovič die Ernennung Belyjs vorgeschlagen (und vermutlich durchgesetzt) hatte. Belyj war bis zu diesem Zeitpunkt einer der stellvertretenden Gouverneure der Region und zuvor Leiter des Hüttenwerks in Jenakievo.

Foren der regionalen Machtkonsolidierung

Die regionale Machtelite kontrolliert die politische Infrastruktur und begrenzt den politischen Wettbewerb, indem sie Konkurrenten bedroht und/oder kooptiert. Öffentliche Institutionen werden de facto für private Geschäfte eingenommen. Gesellschaftliche Organisationen werden gegründet, um andere Gruppen zu marginalisieren und die Entstehung authentischer zivilgesellschaftlicher Organisationen zu unterbinden.²⁴ Die Machtelite beherrscht auch den regionalen öffentlichen Diskurs, denn die staatliche Verwaltung und verschiedene Betriebe und Unternehmensnetzwerke kontrollieren einen Teil der Medien auf der regionalen Ebene direkt oder indirekt.²⁵

Der regionale Clan versucht, relevante öffentliche Ämter auf regionaler und zunehmend auch auf nationaler Ebene durch loyale Akteure zu besetzen. Indem sie durch die Kontrolle von Ämtern Macht an sich reißen, bedienen sie sich einer typischen Nomenklatura-Strategie. Beispielsweise wurde der Gouverneur Viktor Janukovič 1999 gleichzeitig zum Vorsitzenden des regionalen Parlaments gewählt, was eine Vermischung von legislativen und exekutiven Aufgaben bedeutete. Er behielt so verschiedene machtrelevante Entscheidungsprozesse, auf die das mit insgesamt wenigen Kompetenzen ausgestattete Regionalparlament Einfluß nimmt, unter Kontrol-

²³ Damit trat einer der noch verbliebenen Roten Direktoren, Alexandr Buljanda, von der Bühne ab.

²⁴ Auf diesen Aspekt kann hier nicht weiter eingegangen werden. Zum Verhältnis der regionalen Machthaber zu den Gewerkschaften vgl. Zimmer (2002).

²⁵ Dies bezieht sich sowohl auf regionale Printmedien als auch auf die regionalen Fernsehkanäle. Bis vor kurzem hatte der Donecker Clan wenig Einfluß auf nationale Medien. Inzwischen gehört ihm offenbar die nationale Zeitung „Segodnja“ (Pihovšek 2001) und es gibt Hinweise darauf, daß er den Fernsehkanal „Novyj“ kontrolliert.

le.²⁶ Schließlich trat er von diesem Amt zurück, nicht jedoch ohne einen der stellvertretenden Gouverneure, Boris Kolesnikov, zum Vorsitzenden des Parlaments zu machen.²⁷

Ein regionales *Kollegium* beschäftigt sich mit Fragen der „Regionalpolitik“ und ist beim Büro des Gouverneurs angesiedelt. Diese Einrichtung ist gesetzlich nicht vorgesehen, sondern hat einen eher informellen Charakter. Das gleiche gilt für seine Zusammensetzung: Das Kollegium umfaßt Vertreter der öffentlichen Verwaltungen, Betriebsdirektoren und wichtige Sozialakteure, die von den regionalen Machteliten kooptiert wurden. Hier werden so wichtige Dinge wie die Schaffung eines regionalen Energiemarktes besprochen.²⁸

Die öffentliche Verwaltung und verschiedene Großbetriebe kontrollieren zudem eine Anzahl öffentlicher nicht-staatlicher Einrichtungen. Bei der Konsolidierung auf der regionalen Ebene werden politische, soziale und wirtschaftliche Akteure auf ein gemeinsames Ziel eingeschwo-ren. Außerdem versucht die regionale Verwaltung, öffentlich gewählte Körperschaften zu umgehen.²⁹ Durch die Gründung von Quasi-NGOs, die irgendwo zwischen öffentlich und privat angesiedelt sind, untergräbt die Machtelite langsam entstehende zivile Strukturen. Häufig werden diese Quasi-NGOs staatlich finanziert und unterstehen der (informellen) Kontrolle einzelner einflußreicher Akteure oder ganzer Akteursgruppen. Die damit verbundenen Spenden und Festivals dienen zur Zerstreung und Besänftigung der Bevölkerung. Außerdem werden Philanthropie und Geldwäsche häufig miteinander kombiniert.³⁰

Das 1998 gegründete politische Bündnis „Für Einheit, Eintracht und Wiedergeburt“ (*Za Edinstvo, Soglasie i Vozroždenie*) unter dem Vorsitz des Gouverneurs Janukovič vereinigt mehr als 120 Organisationen der Region, darunter alle wichtigen Parteien. Der dazugehörige Rat setzt sich aus Direktoren wichtiger schwerindustrieller Betriebe, Universitätsrektoren, Gewerkschaftsführern, Sportlern und Künstlern zusammen. Das Hauptziel des Bündnisses besteht darin, die Ausarbeitung und Durchführung gemeinsamer und entschiedener Maßnahmen zu gewährleisten, welche das Ziel der Wiedergeburt und Entwicklung des Donbass verfolgen (Ljah, et al. 1998: 288–289). Das Ziel der Stärkung der Demokratie „auf der wichtigsten, der regionalen, Ebene“ deutet in die gleiche Richtung. Die Organisation drückte ihre Solidarität mit dem „Programm der sozio-ökonomischen Entwicklung der Region Doneck bis 2010“ aus (Doneckie Novosti 10 (2001). Bei zahlreichen Gelegenheiten zeigte das Bündnis seine uneingeschränkte Unterstützung für Präsident Kučma. Im April 2001 wurde zudem ein Koordinationsrat der regionalen Organisationen der politischen Parteien gegründet, der bei der staatlichen regionalen Administration angesiedelt ist. Auch hier ist der Vorsitzende der Gouverneur. Der Rat soll als ein Instrument der „konfliktfreien Lösung von Meinungsverschiedenheiten“ dienen (Moskovkij Komsomolec Donbass 17/2001).

²⁶ Dies sind vor allem Entscheidungen über die Zusammensetzung einzelner Gremien, die Beschlüsse über die Gewährung von Privilegien in den Sonderwirtschaftszonen fassen.

²⁷ Kolesnikov ist Vize-Präsident des Fußballvereins Šahter Doneck, Direktor von Kiev Konti, einem großen lebensmittelverarbeitenden Betrieb sowie früherer Leiter der Firma Jug, einer weiteren lebensmittelverarbeitenden Firma, die zum Machtbereich des Gouverneurs gerechnet wird.

²⁸ Interview mit dem Leiter der staatlichen Privatisierungsbehörde, Doneck 2000.

²⁹ Ein Beispiel hierfür ist die Stiftung „Der Goldene Skythe“ zur Erhöhung der Popularität des Donbass, die von verschiedenen wichtigen Firmen der Region gegründet wurde. Vorsitzender ist der Gouverneur, der ehemalige Bürgermeister Rybak ist sein Stellvertreter. Die Stiftung führt verschiedene Maßnahmen durch, vorbei am demokratisch legitimierten Regionalparlament.

³⁰ Beispiele dafür sind die Bier-Festivals, welche die lokale Brauerei (Doneckij Pivovarennyj Zavod, Sarmat) alljährlich mit großem Aufwand arrangiert, oder verschiedene Schönheitswettbewerbe in der Region. Bei letzteren lösen sich die Firmen, welche die Wahl zur Miss Donbass oder Miss Doneck durchführen, kurze Zeit nach der Veranstaltung wieder auf.

Seit der staatlichen Unabhängigkeit sind aus der Region Doneck fünf relevante Parteien hervorgegangen.³¹ Jedoch haben sie die regionalen Akteure in der Regel eher gespalten als sie zu verbinden. Dmitro Tabačnik, ein Parlamentsabgeordneter, kommentierte die Situation des Jahres 1998 folgendermaßen: „Das Donbass war zerrissen zwischen Zvjagil'ski, Ščerban, Rybak und Azarov, was einen fast umfassenden Sieg der Kommunisten bei den Direktmandaten zur Folge hatte sowie die Ausbreitung ... irrationalen Blödsinns.“ (Den, 14. Mai 1998).³²

Jahrelang schien das Motto „Politik wird in Kiew gemacht und Geld im Donbass“ die dominante Strategie der regionalen Akteure zu beschreiben, vor allem von 1996 bis 1999. Zahlreiche Akteure der Region akkumulierten großen Reichtum und Macht, ohne selbst die politische Bühne zu betreten. Sie trafen lediglich Vereinbarungen mit einzelnen Akteuren in Kiew, traten aber nicht als Gruppe auf. Offenbar hat sich diese Strategie gewandelt. 1997 wurde in der Ukraine ein neues – gemischtes – Wahlgesetz eingeführt, welches vorsieht, daß die Hälfte der Abgeordneten über Parteilisten ins Parlament gewählt wird. Damit erhielten Parteien an sich eine Aufwertung und wurden zu Instrumenten der politischen Einflußnahme. Zahlreiche Politiker und/oder einflußreiche Wirtschaftsakteure gründeten neue Parteien. Zur Sicherung und Stärkung ihrer Geschäftstätigkeit versuchen nun auch die Donecker Akteure, ihre politische Präsenz in den „Korridoren der Macht“ in Kiew zu stärken. Im Jahr 1998 gründete der Donecker Bürgermeister Rybak die „Partei der Regionalen Wiedergeburt der Ukraine“ und legte damit den Grundstein für eine regionale „Partei der Macht“. 2001 kam es unter Ägide der ehemaligen *Nomenklatura* und Roten Direktoren zu deren Formalisierung: der Gründung der „Partei der Regionen“, deren Mitglieder zu drei Vierteln aus dem Donbass stammen.³³ Im März 2001 bildete sich zudem eine neue Parlamentsfraktion mit dem Namen „Regionen der Ukraine“, deren Mitglieder zumeist starke politische und wirtschaftliche Bindungen in der Region Doneck haben.³⁴ Während der Parlamentswahlen 2002 gehörte die Partei dem Kučma-treuen Wahlblock „Für eine geeinte Ukraine“ an. Dem Wahlblock gelang es, fast alle Direktmandate aus der Region zu gewinnen. Nach den Wahlen zerfiel diese Bündnis und heute stellt die „Partei der Regio-

³¹ Die Liberale Partei, die im August 1991 gegründet wurde, repräsentierte vor allem neue Unternehmer und reformorientierte Industrielle, wurde aber erst nach 1994 einflußreich. Die „Partei der Arbeit“ wurde 1992 gegründet und wurde hauptsächlich von den Roten Direktoren unterstützt. Der „Bürgerliche Kongress“ sowie die „Partei der Slawischen Einheit“, wurden beide 1992 von kleinen Zirkeln russischer Intellektueller gegründet, spielten aber keine große Rolle. Die Kommunistische Partei wurde wieder zugelassen und gründete sich in Doneck neu. Alle politischen Kräfte sprachen sich ein gemeinsames Aktionsprogramm für das Donbass aus: lokale Autonomie, den Gebrauch der russischen Sprache in der lokalen Verwaltung und als zweite Staatssprache in der Ukraine sowie stärkere Verbindungen zu den anderen GUS-Staaten. Jedoch vertraten die einzelnen Gruppen unterschiedliche wirtschaftliche Interessen und waren nicht in der Lage, miteinander zu kooperieren (Smith/Wilson 1997).

³² Bis vor kurzem hatte die Kommunistische Partei die meisten Mitglieder und Wähler in der Region.

³³ Zusammenschluß aus der „Partei der Regionalen Wiedergeburt der Ukraine“, der „Partei der Arbeit“ (deren Vorsitzender Valentin Landik war), „Solidarnost“, „Für eine schönere Ukraine“ und der „Gesamtukrainischen Partei der Pensionäre“. Zum Parteivorsitzenden wurde der Leiter der nationalen Steuerbehörde, Nikolaj Azarov, gewählt. Noch vor den Parlamentswahlen 2002 gab er den Posten auf. Heute ist Vize-Premierminister Vladimir Seminoženko Vorsitzender der Partei, erster Stellvertreter ist Andrej Kluev, ehemaliger Vize-Gouverneur von Doneck und gegenwärtig Parlamentsabgeordneter und Vorsitzender des Ausschusses für Energiefragen. Unter den weiteren Stellvertretern finden sich Vladimir Rybak und Valentin Landik. Viele relevante Akteure aus der Region sind der Partei beigetreten, unter anderem auch Gouverneur Janukovič.

³⁴ Unter ihnen befinden sich zahlreiche einflußreiche Geschäftsleute aus der Region Doneck. Die Gruppe umfaßt Nikolai Jankovski, Aufsichtsratsvorsitzender des Chemie-Giganten „Stirol“, Anatoli Litjuk, einer der stellvertretenden Direktoren von Asovstal', Sergej Matvienko, stellvertretender Direktor des Kombinats Iljiča (neben Asovstal' das zweite große Stahlwerk in Mariupol), den früheren Generalstaatsanwalt der Region Valerij Konovaljuk, Anatoli Bogatirenko, Präsident der Investment-Gesellschaft „RosUkr“ sowie Igor Juško, First Ukraine International Bank, (heute Finanzminister). Das Parlament ist für die Oligarchen insofern wichtig, da sie einerseits über Gesetze bestimmen können und andererseits durch die sehr weitgehende Immunität für Abgeordnete vor Strafverfolgung geschützt sind (Shelley 1998).

nen“ eine eigene Fraktion im Parlament – „Regionen der Ukraine“,³⁵ die von Raisa Bogatireva aus Doneck geleitet wird.

Doneck und Kiew

Während die meisten meiner Interviewpartner das Verhältnis der Region zu Kiew als positiv und vorteilhaft für die Region, ihre Wirtschaft und die Bevölkerung einschätzten, beurteilte ein Interviewpartner dieses ganz anders:

„Ich werde dazu nur einen Satz sagen, ich möchte gar nicht weiter darauf eingehen. Vor zwei oder drei Jahren wurde die Aussage eines amerikanischen Politikwissenschaftlers in der ukrainischen Presse veröffentlicht – nur ein Satz: ‚Die Ukraine stellt eine geschlossene Aktiengesellschaft dar, deren Kontrollpaket verschiedenen kriminellen Gruppierungen gehört‘.³⁶ Das Verhältnis zwischen Kiew und Doneck beschreibt genau das Verhältnis zwischen den Gründern dieser Aktiengesellschaft.“

Diese Betrachtungsweise wird in der Ukraine von zahlreichen Beobachtern und Wissenschaftlern geteilt (Turchinov 2000). Sie sehen das Land als das Eigentum mächtiger Konglomerate aus Wirtschafts- und Verwaltungsakteure. Details und Ausgestaltungsmerkmale dieser „Aktiengesellschaft“ bleiben jedoch zumeist im Dunkeln.

Daß die Donecker Elite jedoch einen nicht unerheblichen Anteil daran hat, ist unbestritten. In den letzten beiden Jahren begünstigte Kučma den Einfluß der Donbass-Elite in Kiew, unter anderem durch die Berufung zweier Minister (Finanzminister und Energieminister) aus dem Kreis der Kern-Akteure der Region. Auch für andere wichtige Positionen, wie die des Generalstaatsanwaltes, waren Donecker Kandidaten im Gespräch, konnten sich aber nicht durchsetzen.

Der erneute Aufstieg der Donecker Gruppe Ende der 1990er Jahre wird in der Region mit Genugtuung gesehen. So verwies ein Interviewpartner auf das gute Verhältnis zwischen der regionalen Elite und wichtigen Akteuren in Kiew, welches sich in den letzten Jahren enorm verbessert habe:

„... sie haben ihr Gesicht wieder dem Donbass zugewandt, es ist offensichtlich, man spürt es direkt. Unsere Lohnrückstände (wir hatten welche) nehmen nun offensichtlich ab. Es ist spürbar, daß wir etwas tun und Probleme lösen.“³⁷

Die Frage, ob die beschriebenen Akteure Vertreter der Region sind oder „Leute des Präsidenten“, ist rhetorisch, denn momentan ist das ein und dasselbe. Zum Teil ist dies durch den Verwaltungsaufbau und damit verbundene Machtverteilung begründet. Die Gouverneure sind unmittelbar vom Präsidenten abhängig, sind aber zugleich seine Stütze und Garanten des Systems in ihrer Region. Viele der Unternehmen der Region arbeiten nur aufgrund von Privilegien ge-

³⁵ Die Fraktion wurde am 20. Juni 2002 gebildet und umfaßt heute 37 Mitglieder (Stand: Ende Oktober 2002). Offenbar waren es vor allem diese Abgeordneten, die den Zerfall des Wahlblocks „Für eine geeinte Ukraine“ herbeiführten. Die zweite Donecker Fraktion ist die „Europäische Wahl“, der am 5. Juli 2002 17 Abgeordnete angehören, darunter auch Mitglieder der „Partei der Regionen“. Da es in der Ukraine immer noch kein Fraktionsgesetz gibt, sind Fluktuationen der Abgeordneten zwischen den Fraktionen häufig. Das gilt nicht nur für Abgeordnete, die über Direktmandate in das Parlament gewählt wurden.

³⁶ Der Interviewpartner bezog sich auf eine Aussage von Anders Aslund, der behauptete: "Today's Ukraine is a limited-liability company owned by as few as four clans: Rabinovich – Volkov, Bakai – Holubchenko, Surkis – Medvedchuk, and the successors of Alik the Greek. This is a society without any development. We, Americans, have made Kuchma a reformer and now don't know what to do with him. For, after proclaiming in 1994 certain reform theses, he in practice did not make even a single reform step and has remained a criminal-left president." (Ivancov/Trofimova 1999) "Alik the Greek" war der Spitzname für Ahat (Alexandr) Bragin, dem angeblichen Verbrecherboß von Doneck, der 1995 ermordet wurde. Einer seiner Nachfolger ist Rinat Ahmetov.

³⁷ Interview mit einem Abteilungsleiter, Stadtverwaltung Doneck, 1999.

winnbringend, so daß die Haupteinkommensquellen in starkem Maße von der politischen Führung in Kiew abhängig sind. Das betrifft vor allem die direkten und indirekten Subventionen für den Kohle- und Energiesektor.

Die Wirtschaftsreformen, die unter Premierminister Viktor Juščenko seit 2000 stattgefunden haben, schwächten angeblich das oligarchische System in der gesamten Ukraine (Åslund 2002). Nach Åslunds Aussagen stärkten sie den Wettbewerb zwischen den Oligarchen, die ihrerseits inzwischen aufgrund der Privatisierung weniger abhängig sind von staatlichen Organisationen. Jedoch erreichten die Reformen weite Teile des Machtbereiches des Donecker Clans nicht. Die von der ehemaligen Vize-Premierministerin Julija Timošenko initiierte Reform des Kohlesektors hatte wenig Erfolg. Ihr erzwungener Rücktritt wird denn auch mit der Einflußnahme des Donecker Clans in Verbindung gebracht.

Nach den Parlamentswahlen 2002 näherten sich die Donecker Akteure jedoch an den ehemaligen Premierminister Viktor Juščenko an, unter anderem um die weitere Erstarkung von Viktor Medvedčuk (der im Sommer 2002 zum Leiter der Präsidentialverwaltung ernannt worden war) und den von ihm geleiteten Vereinten Sozialdemokraten in Kiew zu verhindern. Damit geht der Donecker Clan zum Teil auf Distanz zum Präsidenten, der offenbar zugleich die zunehmende Macht der Donecker einschränken möchte. In der letzten Zeit kommen Gerüchte auf, daß die Fraktion „Regionen der Ukraine“ ins sogenannte oppositionelle Lager überwechseln möchte, um sodann eine neue Regierung zu wählen (Miseljuk 2002). Kučma braucht mächtige „Partner“, auch in den Regionen, aber sie dürfen nicht zur Gefahr für ihn werden. Deshalb bekunden alle relevanten Akteure in Doneck auch immer wieder ihre Loyalität zum Präsidenten. Diese äußert sich in Demonstrationen für Kučma, sowie der „Bekämpfung“ der Kommunisten und sonstiger Oppositioneller vor Ort. Sie sind eine gut funktionierende „politische Maschine“³⁸ für Kučma, die in der Lage ist, die gewünschten Wahlergebnisse in der Region sicherzustellen. Zugleich scheinen die politischen Vertreter sich ihrer Macht bewußt und stellen Forderungen, zum Beispiel nach stärkerer personeller Repräsentanz der Region in Kiew.³⁹ Offenbar hat zudem bereits die Suche nach einem geeigneten Nachfolger für Kučma begonnen (die Wahl findet im Jahr 2004 statt) und alle Gruppierungen sind darum bemüht, einerseits ihren Wunschkandidaten zu fördern und andererseits nicht in den Hintergrund gedrängt zu werden.

Was leistet das Arrangement?

Im Laufe der 1990er Jahre wurden auf regionaler Ebene verschiedene Entwicklungs- und Reformprogramme für die Region ausgearbeitet und teilweise umgesetzt. Keines der Programme veränderte oder bekämpfte die strukturellen Ungleichgewichte der regionalen Wirtschaft. Zwar wurden bei jedem der Programme anfänglich progressivere, auf Umstrukturierung gerichtete Elemente vorgeschlagen und diskutiert, jedoch verschwanden diese Ansätze regelmäßig während der detaillierten Ausarbeitung und erst recht bei der ansatzweisen Umsetzung der Programme. Kurzfristige und partikulare Interessen konnten sich immer wieder durchsetzen. Die regionalen Machteliten waren an dem Erhalt der schwerindustriellen Überlast interessiert und wollten außerdem die Kontrolle über wirtschaftliche Prozesse in der Region behalten, und so tauchten auch alte sowjetische Planungsmuster wieder auf (Lyakh 2001).

Nach der Entlassung der regionalen Führung 1996 dominierte das nationale Zentrum in der Region und es wurden keine eigenständigen Entwicklungsprojekte initiiert. Jedoch begann die

³⁸ Eine politische Maschine (*political machine*) bezeichnet im US-amerikanischen Kontext eine Partei-Organisation, die von einem einzigen Anführer oder einer kleinen, autokratischen Gruppe geleitet wird, und fähig ist, genügend Stimmen zu mobilisieren, um die politische und administrative Kontrolle einer Stadt, einer Region oder des ganzen Landes sicherzustellen (www.britannica.com).

³⁹ Die Donecker politische Führung formuliert ganz offen den Anspruch, weitere Kader in Kiew zu stellen (Gazeta v Gazete, 13.7.2001).

von Kiew veranlaßte Restrukturierung des Kohlesektors. Als Viktor Janukovič 1997 zum Gouverneur ernannt wurde, wurden neue Initiativen ergriffen. Sie richteten sich jedoch alle auf den Erhalt der Großbetriebe und enthielten Maßnahmen zur Steigerung des Umsatzes, des Gewinns und der Beschäftigung, welche in erster Linie den Vorstellungen der Betriebsdirektoren entsprachen. Die Regionalverwaltung verfolgte weiterhin das Ziel, Kontrolle über die Betriebsleitungen zu behalten (Lyakh 2001).

Die bisherigen Programme waren hauptsächlich auf drei Bereiche bezogen:

Zum einen (1) war der Kohlesektor immer Teil der regionalen Programme, aber vor allem solcher, die auf nationaler Ebene unter Einfluß internationaler Geber wie der Weltbank entwickelt wurden. Außerdem spielen (2) die Sonderwirtschaftszonen und (3) das „Experiment“ in der Hüttenindustrie eine Rolle. Sie verdeutlichen in besonderem Maße die Strategien der regionalen Machtelite.

Die Kohleindustrie

Bis 1996 war der Kohlesektor von jeglichen Reformmaßnahmen unberührt geblieben. Mit der staatlichen Unabhängigkeit hatte die Ukraine eine negative Energie-Bilanz ererbt, so daß die heimische Kohleindustrie in eine strategische Position geriet. In den Jahren 1992 bis 1994 zielte die staatliche Planung denn auch darauf, die Kohleförderung zu steigern, um so die Abhängigkeit des Landes von importierten Energieträgern zu senken. Auch die starke Rolle der Donecker Eliten sorgte dafür, daß der Kohlesektor nicht angetastet wurde. Jedoch verschlechterte sich die Lage der Bergwerke zunehmend. 1995 beschloß die damalige Regierung, wenn auch unter externem Druck, die beschleunigte Korporatisierung der Bergwerke, Preisliberalisierungen sowie die zügige Schließung der unrentabelsten Bergwerke.⁴⁰ Die Reformpläne für den Kohlebergbau wurden auf nationaler Ebene ausgearbeitet, wobei die regionale Führung in Doneck versuchte, ihre Interessen einzubringen.

Die Restrukturierung der Kohleindustrie begann 1996 mit der Reform der sektoralen Organisationsstruktur. Das Kohleministerium führte ein Audit aller 276 Bergwerke durch und teilte sie je nach Leistungsfähigkeit in vier Gruppen ein. Die Bergwerke der Gruppe 1 sollten mittelfristig privatisiert werden, diejenigen der Gruppe 2 sollten binnen eines Jahres entweder in die Gruppe 1 aufsteigen oder in die Gruppe 3 abgestuft werden. Bergwerke der Gruppen 1 und 2 wurden in Aktiengesellschaften umgewandelt und in 15 staatlichen Holdinggesellschaften zusammengefaßt, von denen sich neun in der Region Doneck befinden und 120 Bergbauunternehmen umfassen (Ljah, et al. 1998: 222). Bergwerke der Kategorie 3 waren für die Schließung innerhalb von drei bis fünf Jahren vorgesehen und wurden direkt dem Ministerium unterstellt. 20 Bergwerke, die in die Kategorie 4 eingestuft wurden, sollten schnellstmöglich geschlossen werden und wurden deshalb an die 1997 geschaffene staatliche Schließungsgesellschaft übergeben (Lovei/Skorik 1999: 341), die sowohl die physische Schließung als auch Sozialprogramme und Beschäftigungsmaßnahmen durchführt. Die Entscheidung, welche Bergwerke geschlossen werden sollen, obliegt dem Ministerium, aber die Liste der zu schließenden Bergwerke wurde immer wieder zum Zankapfel. Da die Bergwerksassoziationen starke Verbindungen ins Ministerium haben, kam es zum Bargaining. So wurden einige Bergwerke von einer Kategorie zur anderen transferiert, abhängig vom Einfluß des Direktors im Ministerium (Pleines 1998: 103, Swain 1998: 22–23). Ende 1999 hatte die Schließungsgesellschaft etwa 50 Bergwerke auf der Liste

⁴⁰ Die Weltbank sah die Situation im Kohlebergbau und die damit verbundenen Subventionen als einen der Hauptgründe für das Haushaltsdefizit des ukrainischen Staates an und betrachtete die Reform des Bergbaus als einen wesentlichen Beitrag zur Strukturreform. Die ukrainische Regierung forderte die Weltbank auf, ein Reformprogramm zu erarbeiten. Nach der Erstellung einer Studie leitete die Weltbank drei Kreditlinien ein (World Bank 1996).

stehen.⁴¹ Die Umsetzung des Schließungsprogramms bereitete große Probleme. Vor allem die sozialen Maßnahmen sind unterfinanziert (Lohacheva/Ivashechkina 1998: 67, Lovei/Skorik 1999: 342). Außerdem kam es zu Bereicherungsaktionen verschiedener Akteure, so daß ein Teil des bereitgestellten Weltbank-Kredits in dunklen Kanälen verschwand.

Ungeachtet einiger Reformmaßnahmen blieb die Budgetschränke im Kohlesektor weich. Da der Internationale Währungsfond (IWF) die ukrainische Regierung stark kontrollierte, konnte der Kohlesektor kaum noch direkte Subventionen erhalten. Statt dessen ging man dazu über, den Sektor indirekt zu subventionieren. So wurden Steuern gestundet oder erlassen, Löhne (oft monatelang) nicht ausgezahlt und zwischenbetriebliche Verschuldungsketten aufgebaut. Außerdem wurden mehr und mehr Transaktionen über Bartergeschäfte abgewickelt, was die Transparenz weiter verringerte.

Heute sind die wenigen profitablen Bergwerke in der Regel jene, die hochwertige Kohle für die Kokereien fördern. Eine Reihe privater Firmen, meist Teile der finanzindustriellen Gruppen, haben, wie oben beschrieben, ein Auge auf diese Bergwerke geworfen. Das Endprodukt Stahl ist ein relativ einträgliches Gut auf dem Weltmarkt und auf kostengünstige Vorleistungen angewiesen. Trotz dieser Tendenzen zur vertikalen Integration ist das Gesamtinvestitionsvolumen im Kohlesektor gering. Und die Regierung gibt immer wieder Anweisungen aus, alles verfügbare Geld für die Auszahlung von Löhnen zu verwenden. Zudem hat die Regierung die Kontrolle über den Kohlesektor verloren:

„Aber unsere Regierung behandelt die Symptome, aber sie bekämpft nicht die Krankheit ... Es ist notwendig, die Löhne auszus zahlen, es ist wichtig auch die Symptome zu behandeln. Aber es ist wesentlich, die Krankheit zu bekämpfen, ... nach den Wurzeln zu suchen. Und die Wurzeln sind, daß in der Kohleindustrie keine wirkliche Restrukturierung stattgefunden hat und daß keine Schritte zur Privatisierung unternommen wurden. In der Ukraine haben die meisten Unternehmen, auch viele der großen, wirkliche Eigentümer. Und es kommt dazu, daß jeder nach seinen Regeln spielt: der Staat spielt nach seinen Regeln, und die Unternehmer können nicht nach diesen Regeln spielen, und so spielen sie nach ihren eigenen Regeln.“⁴²

Sonderwirtschaftszonen

Im Jahr 1998 wurden in der Region Doneck zwei Sonderwirtschaftszonen (in Doneck und Mariupol) eingerichtet, sowie 27 Gebiete zur sogenannten vorrangigen Entwicklung. Bis Ende 2001 hatten die Zonen und die Gebiete etwa eine Milliarde Dollar an Investitionen und Investitionszusagen erhalten. Die meisten der tatsächlichen und geplanten Projekte sind mit der Modernisierung bestehender Produktionsstätten (49 Projekte) und der Schaffung neuer Produktionsstätten (56 Projekte) verbunden. Der Löwenanteil der Investitionen (58,6 Prozent) floß in die Grundstoffindustrie. Nur 19,7 Prozent flossen in die Leichtindustrie und Lebensmittelverarbeitung, 2,1 Prozent in die Landwirtschaft, 16,8 Prozent in die Bereiche Transport und Kommunikation. An 64 Projekten waren ausländische Investoren mit einem Kapitalvolumen von insgesamt 380 Millionen Dollar beteiligt (Free Economic Zones 2001).⁴³

Unternehmen, die in den Zonen investieren, werden von zahlreichen Steuern und Abgaben ausgenommen, müssen aber zugleich verschiedene Auflagen erfüllen. Die garantierten 60 Jahre für das Bestehen der Zonen erscheinen sehr lang und sorgen für Skeptik bei verschiedenen ukraini-

⁴¹ Interview mit einem Projektmanager der Schließungsgesellschaft, Doneck 1999. Das Kohleministerium wurde inzwischen aufgelöst und in das Ministerium für Energie eingegliedert. Es wird zur Zeit von Vitalij Gaiduk, einem der Mitbegründer der Industrial Union of Donbass, geleitet.

⁴² Interview mit einem Projektmanager im Kohlesektor, Doneck 2000.

⁴³ Man muß bedenken, daß nicht alle tatsächlich ausländische Investoren sind. Einige sind Offshore Firmen, deren wahre Besitzer sich in der Ukraine befinden.

schen und westlichen Experten, die Rent-Seeking Strategien der regionalen Wirtschaftsakteure und Politiker als Hauptgrund für die Einrichtung der Sonderwirtschaftszonen vermuten. Die diskretionäre Handhabung der Entscheidungen über die Gewährung der Privilegien ruft auch die Vermutung hervor, daß bestimmte Akteure bevorzugt bedient werden sollen (Tübben 1999). Außerdem konservieren die gewählten Investitionsschwerpunkte die Schwerindustriellastigkeit der Region. So tragen sie nicht zu einer Diversifizierung der Industriestruktur und des Arbeitsmarktes bei und bekämpfen auch nicht die Anfälligkeit der Region gegenüber Weltmarktschwankungen (Lyakh 1998). Das offizielle Hauptziel – die Schaffung neuer Arbeitsplätze – ist in den Zonen ein teures Unterfangen. Sollten alle Investitionen, die bis 2000 genehmigt wurden (im Wert von 645,6 Millionen Dollar), umgesetzt und die anvisierten 8.500 Arbeitsplätze geschaffen werden, dann kostet die Schaffung eines Arbeitsplatzes fast 76.000 Dollar (Donec'kij Informacionno-analitičeskij Centr 2000).

Weitere „Experimente“

Ein sogenanntes wirtschaftliches Experiment in der Hüttenindustrie wurde 1999 eingeführt.⁴⁴ Es umfaßt das Einfrieren von Schulden gegenüber dem Staat, dem Pensionsfond und anderen Einrichtungen für die Dauer von drei Jahren. Diese Privilegien gelten jedoch nicht für den gesamten Sektor, sondern nur für ausgewählte Betriebe. Im ukrainischen Kontext ist nicht davon auszugehen, daß es objektive Kriterien gibt, die bei der Auswahl der zu berücksichtigenden Betriebe angewandt werden. Die diskretionäre Handhabung eröffnet somit zahlreiche Möglichkeiten für Klientelismus und Korruption. Die Regionalverwaltung hat zudem die Ausdehnung des Experiments auf die Kohleförderung und –aufbereitung durchgesetzt. Tatsächlich stiegen das Produktionsvolumen und die Zahlungen in den Staatshaushalt bis 2001 an, als plötzlich Verluste im Stahlsektor auftraten.

Aufgrund der schlechten Konjunkturlage für Stahlprodukte auf dem Weltmarkt und damit verbundener Schutzzölle der USA sowie zahlreicher Anti-Dumping-Verfahren gegen die Ukraine, sind die Stahlexporteure seit 2000 in die Krise geraten. Waren in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre vor allem die asiatischen Staaten Hauptabsatzmärkte für (meist minderwertige) ukrainische Stahlprodukte, so versuchen Firmen wie die „Industrial Union of Donbass“ gegenwärtig, in andere Märkte zu expandieren. Dazu zählen Indien, Brasilien und Bolivien, Angola, aber auch der Irak, wohin man bislang noch über eine bei der UN für den Irakhandel zugelassene türkische Vermittlerfirma liefert. Hauptexportprodukte sind Röhren und Eisenbahngleise (ForUm, verschiedene Ausgaben). Die sektorale und regionale Lobby nutzte die sich verschlechternde Lage, um die Verlängerung des Experiments bis Ende 2002 durchzusetzen (Sarna 2002: 77). Jedoch führten die Maßnahmen erneut zu Dumping-Vorwürfen gegen die Ukraine seitens der USA und Rußlands.

Hinter den Kulissen

Betrachtet man die bisherigen Programme, so stellt man fest, daß sie die Region ausnahmslos auf alte Industriezweige festlegen.⁴⁵ Die Prägung regionaler Entwicklungspläne sowie der Zickzack-Kurs bei der Reform des Kohlesektors, die Errichtung der Sonderwirtschaftszonen und andere, zum Teil diskretionäre, Ausnahmeregelungen veranlassen dazu, hinter diesen offiziellen Programmen verborgene Bereicherungsmechanismen der finanzindustriellen Gruppen und regionaler Politiker zu sehen.

⁴⁴ Das Gesetz „Über die Durchführung eines Experiments in Betrieben der Hüttenindustrie“ trat am 1. Juli 1999 in Kraft (Sarna 2002).

⁴⁵ Dazu paßt auch das Selbstverständnis und die regionale Identität der Elite und der Bevölkerung (Zimmer 2001), in welcher die Region als ein industrielles Zentrum glorifiziert wird.

Fonkich (2000) stellt fest, daß der metallverarbeitende Sektor während der letzten zehn Jahre den höchsten Produktionsanstieg verzeichnen konnte. Jedoch ist die Rentabilität vergleichsweise gering, in einigen Fällen sogar negativ. Fonkich behauptet deshalb, daß hinter dem Erstarken des Sektors eine Rent-Seeking-Logik steht. Der Hauptvorteil dieser Sektoren für Rent-Seeking ist, daß sie Produkte herstellen, die auf dem Weltmarkt nachgefragt werden und Devisen einbringen. Exporte ermöglichen aber auch *Tunnelling* und Kapitalflucht. Ebenso wie Vincentz (2002), Vincentz und Hoffmann (2002) und Fonkich (2000) unterscheidet sich zwischen reinem Rent-Seeking und *Tunnelling*.⁴⁶ Rent-seeking bedeutet die Erlangung materieller Vorteile aufgrund einer privilegierten Position des Unternehmens. Dazu zählen Subventionen, Steuervorteile, Monopolrenten und andere bevorzugte Bedingungen. In diesem Fall verbleibt die Rente im Unternehmen. *Tunnelling* hingegen ist der illegale Transfer von Ressourcen an private Unternehmen, die den ursprünglichen Betrieb kontrollieren. Im exportorientierten Stahlsektor werden die Produkte an Zwischenhändler in Offshore-Regionen geliefert und von dort aus weiterverkauft. Es handelt sich um ein einfach handelbares Gut, das in der Ukraine aufgrund impliziter Subventionen, Barterhandel und der Nicht-Zahlung von Energievorleistungen zu geringen Kosten produziert werden kann. Zwischenhändler organisieren auch hier Barter-Ketten, welche die Unternehmen mit Inputs zu niedrigen Kosten versorgen. Im Austausch dafür erhalten sie harte Währung.

Der Kohlesektor ist Empfänger umfangreicher Subventionen und Steuererlasse und hat erhebliche Zahlungsrückstände bei den Arbeitern, dem Staatshaushalt und den Energielieferanten. Im Kohlesektor vollzieht sich *Tunnelling* durch Offshore oder virtuelle Firmen, die als Vermittler fungieren und Profite abschöpfen. Die virtuellen Firmen werden so kreiert, daß ihre Eigentümer nicht feststellbar sind (Fonkich 2000: 30). Ein weit verbreitetes Muster des *Tunnelling* sind Bartergeschäfte, bei denen das Bergwerk Ausrüstung im Austausch für Kohle erhält. In der Regel ist der Preis für die Ausrüstung viel zu hoch angesetzt. Der typische Ablauf sieht folgendermaßen aus: Das Bergwerk verkauft Kohle zu niedrigen staatlich festgesetzten Preisen an eine private Firma X, welche die Kohle an die Konsumenten für Geld weiterverkauft. Um bei dieser Transaktion Gewinne zu machen, wird eine weitere, und zwar virtuelle, Firma Y (welche vom Bergwerksmanagement kontrolliert wird) dazu benutzt, Ausrüstung zu kaufen und sie an die private Firma X zu einem höheren Preis zu liefern. Das Bergwerk erwirbt die überbewertete Ausrüstung für den Gegenwert in Kohle bei der Firma X. Die virtuelle Firma Y erhält Geld für die Ausrüstung. Das Geld verbleibt also bei der virtuellen Firma, wird anschließend durch eine Bank geschleust und zwischen den Teilnehmer der gesamten Transaktion geteilt (Fonkich 2000). Die virtuelle Firma zahlt keine Steuern, weil sie kurz nach der Transaktion wieder verschwindet (Vincentz 2002).

Eine andere Art von *Tunnelling*-Transaktionen findet statt, wenn ein Bergwerk eine virtuelle Firma beauftragt, Dienstleistungen zu erbringen oder Vorlieferungen zu leisten. In diesem Fall zahlt das Bergwerk – in Geld oder Kohle – für Güter oder Dienstleistungen, die in Wahrheit nie erbracht werden. Ihr Erhalt wird jedoch durch gefälschte Rechnungen und Dokumente glaubhaft gemacht. Das Bergwerk macht Verluste und zahlt weder Steuern noch Gehälter. Die soziale Bedeutung und das Drohpotential des Bergwerkssektors erlauben es, die Regierung unter Druck zu setzen und umfangreiche Subventionen zu erhalten. Oftmals werden jedoch die Regierungsgelder nicht an die Arbeiter ausgezahlt sondern vom Management angeeignet (Fonkich 2000: 31–32).

Geldwäsche als Teil des *Tunnelling* wird häufig durch Zahlungen von Scheinfirmen, unter erfundenen Verträgen mit erfundenen ausländischen Partnern durch Offshore Banken bewerkstelligt. Das Geld wird später häufig in der Ukraine im Privatisierungsprozeß reinvestiert (European Committee on Crime Problems 2001: 2).

⁴⁶ In seiner ursprünglichen Bedeutung ist *Tunnelling* die Umgehung der Rechte von Kleinaktionären.

Fazit und Ausblick

In Doneck kam es nach 1991 nicht zum Elitenwechsel. Vielmehr kam es zu Machtverschiebungen zwischen Akteurstypen, welche während der gesamten Phase einflußreich waren, d.h. zwischen alter *Nomenklatura* und neuen Akteuren. Die erste Generation relevanter Akteure umfaßte die Roten Direktoren und ehemalige Partei-*Nomenklatura*. Ihnen folgte eine Gruppe von „Newcomern“, die im Gas- und Rohstoffhandel ein Vermögen angehäuften. Sie verschwanden jedoch 1996 weitgehend von der politischen Bühne, als die regionale Regierung durch den Staatspräsidenten entlassen wurde. Die erste Generation ist heute noch aktiv, jedoch hat sich das intraregionale Machtgefüge zugunsten jüngerer Akteure, einer dritten Generation, verschoben, deren Herkunft zum Teil unklar ist. Sie akkumulierten wirtschaftliche Macht, dehnten diese zum Teil unter Anwendung von Gewalt aus und bauten aggressive Wirtschaftsimperien auf, die lebenswichtige Sektoren der regionalen Wirtschaft kontrollieren.

Die Macht der heutigen finanzindustriellen Gruppen (FIGs) stützt sich auf intransparente Eigentumsverhältnisse und enge Verbindungen zu politischen Patronen auf allen Ebenen. Einige Akteure genießen gleichwohl direkte Präsenz im Zentrum durch Positionen im nationalen Parlament oder als Leiter von Schlüsselministerien.

Die Hauptakteure kontrollieren nicht nur wirtschaftliche Ressourcen sondern den Regelsetzungsprozeß in der Region, und sie beeinflussen ihn auf der nationalen Ebene.⁴⁷ Politische Patrone sind Brücken zwischen den sichtbaren und den unsichtbaren Herrschern der Region. Sie selbst haben partikulare Wirtschaftsinteressen und dienen einem Klientel, das seine eigenen Interessen verfolgt.

Auf der regionalen Ebene ist seit 1997 eine bemerkenswerte Ruhe eingetreten. Die politische Lage hat sich im Sinne der Machtlogik stabilisiert. Das nationale Zentrum hat seitdem nicht mehr direkt in die Region eingegriffen, und fast keine personellen Veränderungen auf regionaler Ebene mehr herbeigeführt. Damit konnte sich das regionale Machtgefüge konsolidieren. Dies drückt sich auch in der Formalisierung der regionalen Partei der Macht aus.

Während das Ausmaß an offener, direkter Gewalt spürbar zurückging, stieg der Grad struktureller Gewalt durch die Kontrolle der politischen Infrastruktur, des regionalen Diskurses sowie weiter Teile der regionalen Wirtschaft. Die relevanten Akteure haben seit 1997 selbst begonnen, offene Gewalt zu unterbinden. Damit schützen sie sich selbst und ihre Geschäfte. Im wirtschaftlichen Bereich dehnen sie nun ihren Machtbereich durch Schattenprivatisierung, feindliche Übernahmen und Erpressung aus.

Früher handelte es sich um einzelne Personen, eventuell kleine Gruppen, die ihre wirtschaftlichen Interessen aktiv verfolgten. Es war ein Verteilungskampf, der mit allen Mitteln ausgetragen wurde. In der Zwischenzeit haben sie ein undurchsichtiges Unternehmensgeflecht aufgebaut, so daß man nur noch von Gruppen, möglicherweise sogar nur von einer (dominierenden) Gruppe sprechen kann.

Parallel dazu ist es zu einer wirtschaftlichen Konsolidierung und einer zunehmenden vertikalen Diversifikation gekommen. Die Kontrolle der Wertschöpfungskette wurde erheblich erweitert und in der Region konzentriert: Vom Abbau der Rohstoffe, deren Aufbereitung, der Stahlproduktion (verbunden mit der Kontrolle der Zulieferung von Gas und Strom), der Vermarktung (z.T. über Offshore-Firmen), bis zur Re-Finanzierung über eigene Banken und zum Teil über gewaschenes Geld aus dem Ausland sind alle Elemente innerhalb der finanzindustriellen Grup-

⁴⁷ Die Beeinflussung von Regelsetzungsprozessen durch Geldzahlungen wird als „state capture“ (Hellman/Jones/Kaufmann 2000) bezeichnet. Die Autoren unterscheiden zwischen Einfluß und „state capture“: Während Einfluß ohne finanzielle Zuwendungen stattfindet, werden bei „state capture“ Entscheidungen, Gesetze etc. gekauft. Empirisch sind diese Formen meist kaum voneinander zu unterscheiden.

pen vereinigt. In der letzten Zeit verlängerten sie die Wertschöpfungskette noch um den Maschinenbaukomplex der Region und erreichten damit eine qualitativ höhere Stufe der Wertschöpfungskette.

Aber auch dieser Sektor verlangt hohe Investitionssummen. Damit könnte die Donecker Gruppe gezwungen sein, einerseits auf Gewinne zu verzichten. Andererseits sind aber wohl auch tatsächliche Auslandsinvestitionen nötig, zu deren Heranziehung sich die Rahmenbedingungen sowohl in der Region als auch auf nationalstaatlicher Ebene verändern müßten (Ukraina.ru 2002). Damit könnten sich die politischen und – langfristig – auch die wirtschaftlichen Interessen und Strategien des Clans verändern. Einige Beobachter gehen davon aus, daß sich auch die Transparenz im Stahlsektor langsam erhöht, da die großen finanzindustriellen Gruppen ihre Position und ihr Eigentum inzwischen in hohem Maße gesichert haben. Ein Beteiligter betonte, daß die Besitzer selbst zukünftig an mehr Transparenz interessiert sein werden. Nur so kann sich der notwendige Investitionszustrom von außen vollziehen, denn Investoren wollen Klarheit über die Eigentumsverhältnisse haben (Pirani 2002).

Außerdem haben die betrachteten regionalen Akteure ihre Wirtschaftstätigkeit bereits in andere Sektoren, wie die Nahrungsmittelindustrie,⁴⁸ ausgeweitet. Die Diversifizierung der Tätigkeit und die zunehmende Expansion in produktivere Sektoren könnte ein erstes Zeichen dafür sein, daß es zu tatsächlichen strukturellen Veränderungen kommt, denn dieser Sektor könnte Interesse an der Entwicklung der Region als solcher stimulieren, da die Produzenten stärker von stabilen Inlandsmärkten abhängen.

Trotzdem findet in der Ukraine ein beständiger Kampf zwischen oligarchischen Gruppen statt, vor allem um politischen Einfluß und die Positionierung von Patronen, von welchen ganz entscheidend der ökonomische Erfolg der Oligarchen abhängt. Die nächsten Präsidentschaftswahlen, vorgesehen für 2004, werden zeigen, wie mächtig die einzelnen oligarchischen Gruppen sind und welche Unabhängigkeit sie bereits vom Kiewer Entscheidungszentrum erreicht haben.

⁴⁸ Mehrere FIGs haben bereits im Agrarsektor und der lebensmittelverarbeitenden Industrie investiert. Dies wurde nach verschiedenen Reformen des Agrarsektors 1999 sowie durch die Abwertung der ukrainischen Währung und der steigenden Kaufkraft der Bevölkerung attraktiver.

Literatur

- Åslund, Anders (2002): Why has Ukraine returned to economic growth?, Institute for Economic Research and Policy Consulting: Working Paper Nr. 15
- Bogatov, Oleg (2001): Recent Developments in the Donbass' Coal Industry, Konferenzpapier: Confronting Change: North East England and East European Coalfields, Newcastle, 12.–14. November
- Bondarenko, Kost (2001a): A new generation of players gradually enters the Ukrainian politics and businesses nowadays, in: ForUm, 03.12., <http://www.for-ua.com>, letzter Zugriff: 31.10.2002
- Bondarenko, Kost (2001b): Rinat Ahmetov: Političeskij Portret na Fone Regiona, in: ForUm, 01.06., <http://www.for-ua.com>, letzter Zugriff: 31.10.2002
- Bondarenko, Kost (2002): Ukraine's oligarchs emerge from Soviet System, in: Kyiv Post, 04.04., <http://www.kpnews.com>, letzter Zugriff: 31.10.2002
- Crowley, Stephen (1997): Coal Miners and the Transformation of the USSR, in: Post-Soviet Affairs, Jg. 13, Heft 2, S. 167–195
- Donec'ka Oblasna Rada / Donec'ka Oblasna Deržavna Administracija (1999): Programa „Donec'ka Oblast' – 2010“, Doneck
- Doneckij Gorodskoj Sovet (1999): Doneck – Struktura Vlasti. Doneckij gorodskoj sovet XXIII sozyva (1998–2002 gg.), Doneck: Donečina
- Donec'kij Informacionno-analitičeskij Centr (2000): Press Reliz, Juli, Doneck, <http://www.diac.dn.ua>
- European Committee on Crime Problems (2001): Select Committee of Experts on the Evaluation of Anti-Money Laundering Measures (PC-R-EV). First evaluation report on Ukraine, PC-R-EV (2000) 20 Summ., Strasbourg
- First Ukraine International Bank (2001): Website, Corporate Services, <http://www.fuib.com/e/service/corp.html>, letzter Zugriff: 31.10.2002
- Fonkich, Kateryna (2000): Rent Seeking and Interest Groups under Institutions of Transition: The Case of Ukraine, Konferenzpapier: International Conference on Institutions in Transition, Slovenia, 22.–24. Juni
- Free Economic Zones (2001): The Sum of Investments to Donetsk SEZ and TPD Has Exceeded 1 bln. USD., <http://www.isez.donetsk.ua>, letzter Zugriff: 17.10.2002
- Gaciarz, Barbara/ Pankow, Włodzimierz (1998): Transformations of State Owned Enterprises in the Donetsk District: Opportunities and Barriers, in: Lyakh, Alexandr/ Pankow, Włodzimierz (Hg.): The Future of Old Industrial Regions in Europe. The Case of Donetsk Region in Ukraine, Warsaw: Foundation of Economic Education, S. 77–86
- Gaevoi, Roman (2000): Ot Zvjagil'skogo do Janukoviča. Portret Doneckogo Klana v Licah, in: Kievskij Telegraf, 11.–17. Dezember, <http://www.k-telegraph.kiev.ua/N41/region.htm>, letzter Zugriff: 31.10.2002
- Grabher, Gernot (1993): The Weakness of Strong Ties: The Lock-in of Regional Development in the Ruhr Area, in: Grabher, Gernot (Hg.): The Embedded Firm. On the Socio-economics of Industrial Networks, London, New York: Routledge, S. 255–277
- Hedlund, Stefan (1999): Russia's "Market" Economy: a Bad Case of Predatory Capitalism, London: UCL Press

- Institute of Reforms (2000): Ukraine Regions Investment Attractiveness Ranking 1999, Kyiv
- Ivženko, Tat'jana (2001): „Doneckij Klan“ Uverenno Vhodit vo Vlast'. Sledujuščij Prezident Ukrainy Možet Okazat'sja Predstavitelem Kraja Uglja i Metally, in: Nezavisimaja Gazeta, 149, 15. August, http://www.ng.ru/cis/2001-08-15/5_donetsck.html, letzter Zugriff: 31.10.2002
- Ivancov, Oleh / Trofimova, Natalja (1999): Mudslinging or Arguments: Which is Society Ready to Accept?, in: Den', 9, 6. März, <http://www.day.kiev.ua/DIGEST/1999/9/economy/economy-1.htm>, letzter Zugriff: 31.10.2002
- Jar, Andrej (2001): Poslednie Kamni v Doneckoj Kreposti, in: part.org.ua, 25.03., <http://www.part.org.ua>, letzter Zugriff: 14.4.2001
- Kovaleva, Elena (2001): Regional Politics in Ukraine's Transition: Donetsk Elites, Konferenzpapier: Confronting Change: North East England and East European Coalfields, Newcastle, 12.–14. November
- Ljah, R. D. / Nikol'skij, V.N. / Nesterov, V. D. / Lihačeva, L. B. / Bepalov, N. E. (1998): Istorija Rodnogo Kraja. Učebnoe Posobie dlja 10–11 Klassov, Doneck: Firma Kardinal
- Lohacheva, Ludmila / Ivashechkina, Olena (1998): Social and Economic Effects of Corporate Restructuring in the Donbas Region, in: Lyakh, Olexandr / Pankow, Włodzimierz (Hg.): The Future of Old Industrial Regions in Europe. The Case of Donetsk Region in Ukraine, Warsaw: Foundation for Economic Education, S. 59–76
- Lovei, Lazlo / Skorik, Konstantin (1999): Energy Sector Reform in Ukraine: Mid-term Report, in: Siedenberg, Axel / Hoffmann, Lutz (Hg.): Ukraine at the Crossroads. Economic Reforms in International Perspective, Heidelberg; New York: Physica-Verlag, S. 333–351
- Lyakh, Alexandr (1998): The Economic, Social and Political Situation in the Donbas Region and the Aims of National Policy, in: Lyakh, Alexandr / Pankow, Włodzimierz (Hg.): The Future of Old Industrial Regions in Europe. The Case of Donetsk Region in Ukraine, Warsaw: Foundation for Economic Education, S. 13–21
- Lyakh, Olexandr (1999): The Donbas: Actors, Agendas and Strategies in Regional Policy, in: Tatur, Melanie (Hg.): The Challenge of Regional Policies. Actors and Institutions on the Local and Regional Level in Post-Socialist Europe, Eschborn: gtz, S. 147–159
- Lyakh, Olexandr (2001): Economic Restructuring and Investing in the Donetsk Region: Internal Factors and an International Perspective, Konferenzpapier: Confronting Change: North East England and East European Coalfields, Newcastle, 12.–14. November
- Marunič, Dmitro (2001): Svižij „viter zi shodu“ vže vidčuvaet'sja v stolici, in: Ukrainskij regional'nij visnik, Jg. 13, S. 11
- Menšakow, Alexandr (2001): Evropejskaja Kolumbia, in: Kievskie Vedomosti, 9.10.
- Miseljuk, Andrej (2002): Optimal'naja Ošibka Prezidenta, in: ForUm, 14.6., <http://www.for-ua.com>, letzter Zugriff: 31.10.2002
- Pihovšek, Viačeslav (2001): „Vstuvpajuščie dvaždy“, ili Novyj Vitok Donecka, in: Zerkalo Nedeli, 28, 28.7.–3.8., <http://www.zerkalo-nedeli.com>, letzter Zugriff: 31.10.2002
- Pirani, Simon (2002): Out of the shadows – who owns the Ukrainian steel industry, <http://www.samathieson.fsnet.co.uk/SimonPirani/mbaug02.htm>, letzter Zugriff: 31.10.2002
- Pleines, Heiko (1998): Energy in Ukraine, London: Financial Times Energy
- Sarna, Arkadiusz (2002): Ukrainian Metallurgy: the Economic Link in the Oligarchic Power System, in: CES Studies, Heft 5, S. 70–84

- Schroder, Hans-Henning (1999): El'tsin and the Oligarchs: The Role of Financial Groups in Russian Politics between 1993 and July 1998. (Statistical Data Included), in: *Europe-Asia Studies*, Jg. 51, Heft 6, S. 957–988.
- Shelley, Louise I. (1998): Organized Crime and Corruption in Ukraine: Impediments to the Development of a Free Market Economy, in: *Demokratizatsiya*, Jg. 6, Heft 4, S. 648–664
- Smith, Graham/ Wilson, Andrew (1997): Rethinking Russia's Post-Soviet Diaspora: The Potential for Political Mobilisation in Eastern Ukraine and North-east Estonia, in: *Europe-Asia Studies*, Jg. 49, Heft 5, S. 845–864
- Swain, Adam (1998): Institutions and Regional Development: Evidence from Hungary and Ukraine, Sussex European Institute Working Paper28
- Tret'jakov, S. V. (1999): Social'nye problemy Doneckogo Regiona, ih rešenie na sovremennom etape, in: *Doneckij Gosudarstvennyj Universitet (Hg.): Problemy razvitija vnešneekonomičeskikh svjazei i privlečenija inostrannyh investicii: regional'nyj aspekt*, Sbornik naučnyh trudov, Doneck: Donečina, S. 4–6
- Tübben, Anneli (1999): Special Economic Zones in Ukraine – A Means of Promoting Investment, in: Siedenbergh, Axel / Hoffmann, Lutz (Hg.): *Ukraine at the Crossroads. Economic Reforms in International Perspective*, Heidelberg, New York: Physica-Verlag, S. 131–137
- Turchinov, Oleksandr (2000): Peculiarities (sic!) of Oligarchy in Ukraine, in: *Political Thought*, Jg. 7, Heft 3–4, S. 51–57
- UEPLAC (2002): *Ukrainian Economic Trends*, Quarterly Issue March 2002, Kyiv: Ukrainian-European Policy and Legal Advice Centre, <http://www.ueplac.kiev.ua>
- Ukraina Kriminal'naja (2000): *Ukraina Klanovaja*, <http://www.cripo.com.ua>, letzter Zugriff: 12.01.2002
- Ukraina.ru (2002): Vse o Hozjaevah Donbassa, in: 12.04., <http://www.ukraine.ru/analytics/129276.html>, letzter Zugriff: 31.10.2002
- Vincentz, Volkhart (2002): Perspektiven für einen Reformschub in der Wirtschaft, in: Simon, Gerhard (Hg.): *Die neue Ukraine: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (1991–2000)*, Köln; Weimar; Wien: Böhlau, S. 245–265
- Vincentz, Volkhart / Hoffmann, Lutz (2002): Ukraine: Wachstum in einer virtuellen Wirtschaft, in: *Osteuropa*, Jg. 52, Heft 4, S. 461–475
- Wittkowsky, Andreas (1998): *Fünf Jahre ohne Plan: die Ukraine 1991 – 1996. Nationalstaatsbildung, Wirtschaft und Eliten*, Hamburg: Lit
- World Bank (1996): *Ukraine. Coal Industry Restructuring Sector Report*, 15056-UA, Washington
- Zimmer, Kerstin (2001): Das ukrainische Donbass in den stählernen Fesseln der Schwerindustrie, in: Höhmann, Hans-Hermann (Hg.): *Kultur als Bestimmungsfaktor der Transformation im Osten Europas. Konzeptionelle Entwicklungen – Empirische Befunde*, Bremen: Edition Temmen, S. 236–251
- Zimmer, Kerstin (2002): „Region Capture“ Strategie der regionalen Transformation in der Ukraine?, in: *Forschungsstelle Osteuropa (Hg.): Gewinner und Verlierer postsozialistischer Transformationsprozesse. Beiträge für die 10. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten*, Bremen: Forschungsstelle Osteuropa, Arbeitspapiere und Materialien Nr. 36, S. 45–49

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

ISSN 1616-7384

Jahrgang 2002

- Nr. 34 **The unified social tax and it's impact on social policy in Putin's Russia**
By Susanne Nies and Gesa Walcher
(Februar 2002)
- Nr. 35 **Vom Avantgardebuch zum Künstlerbuch**
Anmerkungen zur Genese eines polnischen Mediums
Von Wolfgang Schlott
(März 2002)
- Nr. 36 **Gewinner und Verlierer post-sozialistischer Transformationsprozesse**
Beiträge für die 10. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten
Veranstaltet von DGO / FSO / OWK
(April 2002)
- No. 37 **Entrepreneurial Strategies and Trust**
Structure and Evolution of Entrepreneurial Behavioural Patterns in East and West European
Environments – Concepts and Considerations
By Hans-Hermann Höhmann and Friederike Welter (eds.)
(June 2002)
- No. 38 **Implementing an Information Society in Central and Eastern Europe**
The Case of Hungary
By Martin Schneider
(July 2002)
- Nr. 39 **Buchstabenerotik auf einem Archipel des kreativen Widerstandes**
Zu Echo und Rezeption der Ausstellung „Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und
Osteuropa – Die 60er bis 80er Jahre“ in der nationalen und internationalen Presse
Von Heidrun Hamersky und Wolfgang Schlott
(September 2002)
- Nr. 40 **Bremer Russland-Aktivitäten**
Porträts zum Bremer Russland-Tag
von Senat der Freien Hansestadt Bremen, Handelskammer Bremen,
Forschungsstelle Osteuropa
(Oktober 2002)
- Nr. 41 **Der politische Einfluß von Wirtschaftseliten in Rußland**
Die Öl- und Gasindustrie in der Ära Jelzin
Von Heiko Pleines
(November 2002)
- Nr. 42 **Der politische Einfluß von Wirtschaftseliten in der Ukraine**
Nationale und regionale Oligarchen
Von Tina Kowall und Kerstin Zimmer
(Dezember 2002)

Bezugspreis pro Heft: 4 Euro + Portokosten
Abonnement (10 Hefte pro Jahr): 30 Euro + Portokosten

Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de
Forschungsstelle Osteuropa, Publikationsreferat, Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen

Aktuelle Bücher aus der Forschungsstelle Osteuropa

Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa (Edition Temmen)

- Bd. 13 **Forschungsstelle Osteuropa (Hg.):
Kommerz, Kunst, Unterhaltung**
Die neue Popularkultur in Zentral- und Osteuropa
Edition Temmen (Bremen) 2002, Hardcover, in Vorbereitung
- Bd. 12 **Hans-Hermann Höhmann, Jakob Fruchtmann, Heiko Pleines (Hg.):
Das russische Steuersystem im Übergang**
Rahmenbedingungen, institutionelle Veränderungen, kulturelle Bestimmungsfaktoren
Edition Temmen (Bremen) 2002, 343 S., Hardcover, ISBN 3-86108-366-3, Euro 20,90
- Bd. 11 **Hans-Hermann Höhmann (Hg.):
Wirtschaft und Kultur im Transformationsprozeß**
Wirkungen, Interdependenzen, Konflikte
Edition Temmen (Bremen) 2002, 298 S., Hardcover, ISBN 3-86108-340-X, Euro 20,90
- Bd. 10 **Hans-Hermann Höhmann (Hg.):
Kultur als Bestimmungsfaktor der Transformation im Osten Europas**
Konzeptionelle Entwicklungen – Empirische Befunde
Edition Temmen (Bremen) 2001, 312 S., Hardcover, ISBN 3-86108-337-X, Euro 20,90

Dokumentationen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa (Edition Temmen)

- Bd. 9 **Ulrike Hartung:
Verschleppt und verschollen. Eine Dokumentation deutscher, sowjetischer und ameri-
kanischer Akten zum NS-Kunstraub in der Sowjetunion (1941–1948)**
Edition Temmen (Bremen) 2000, 362 S., Hardcover, ISBN 3-86108-336-1, Euro 20,90
- Bd. 8 **Forschungsstelle Osteuropa (Hg.):
Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa: Die 60er bis 80er Jahre**
Mit Beiträgen von W. Eichwede, G. Konrád, M. Haraszti, K. Srp u.a. sowie 171 S. farb. Abb.
Edition Temmen (Bremen) 2000, 472 S., Hardcover, ISBN 3-86108-338-8, Euro 35,90
(Vorzugspreis von Euro 20,- + Versandkosten bei Bestellung über publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de)
- Bd. 7 **Galina Luchterhandt
Politische Parteien in Russland**
Edition Temmen (Bremen) 2000, 300 S., Hardcover, ISBN 3-86108-333-X, Euro 20,90

Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik (LIT Verlag)

- Bd. 33 **Heiko Pleines:
Wirtschaftseliten und Politik im Rußland der Jelzin-Ära (1994-99)**
LIT Verlag (Hamburg) 2003, ca. 400 S., Euro 30,90, in Vorbereitung
- Bd. 32 **Jakob Fruchtmann, Heiko Pleines:
Wirtschaftskulturelle Faktoren in der russischen Steuergesetzgebung und Steuerpraxis**
LIT Verlag (Hamburg) 2002, ISBN 3-8258-6257-7, Euro 20,90, in Vorbereitung